# PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 21. Februar 1914. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.




## Weltfremdheit.

Seitdem man die Weltfremdheit der deutschen Richter entdeckt hat, macht dieser Begriff immer weitere moralische Eroberungen. Schon als man die Richter mit diesem wenig schmückenden Beiwort stigmatisierte, gingen die Ansichten darüber eigentlich recht auseinander, was denn nun eigentlich das Kriterium der Weltfremdheit sei. Sicher waren die Titelgeber sich selbst nicht einig. Die einen meinten damit die Eigenschaft der Richter, sich an den Buchstaben des Gesetzes zu halten. Ihr Tadel galt also, im Grunde genommen, gar nicht dem Juristen, sondern dem Jus, denn der moderne Richter ist kein Volksrichter, der Volksrecht spricht, sondern ein gelehrter Richter, dessen oberste Pflicht es ist, das Gesetz nicht zu beugen, sondern es anzuwenden. Und wenn die Anwendung des Gesetzes oft statt Recht Unrecht schafft, so trägt daran der Gesetzgeber, nicht aber der Richter, die Schuld. Die anderen verstanden unter Weltfremdheit tatsächlich einen Fehler, der dem Richter zur Last gelegt werden konnte, nämlich Unorientiertheit in den Vorgängen des praktischen Lebens. Die ist durchaus nicht „den" Richtern, sicher aber vielen Richtern eigen. Aber nicht ihnen allein, sondern leider einem sehr erheblichen Teil von Mitgliedern aller akademischen Berufe. Der Arzt findet sich in der praktischen Welt sicher viel schlechter zurecht als der Jurist, der Gottesgelehrte, der Sprachforscher, der Künstler, sie alle haben oft wirklich keine Ahnung, was um sie herum vorgeht. Nun mag die „Weltfremdheit" des Richters unter Umständen von weiterer und verhängnisvollerer Wirkung sein als die Unorientiertheit der übrigen Akademiker. Aber sie beruht, im Grunde genommen, doch schließlich auf denselben Ursachen, die die Weltfremdheit und geschäftliche Ungewandtheit der anderen Volkskreise erzeugen. Will man diese Dinge aus der Welt schaffen, so muß man bei der Jugenderziehung anfangen. Bloß mit Sport und Spiel wird man die Muskeln, aber nicht die graue Hirnrinde stärken. Mir scheinen, ganz gleichgültig, ob in der Schule klassischer Ideale oder in der Schule exakten naturwissenschaftlichen Denkens, frühzeitig einsetzende Informationen über wichtige Lebensvorgänge, über die Grundlagen wirtschaftlicher Technik, mit der jedermann später zu tun bekommt, ebenso wie über die Grundlagen des Verfassunglebens, in das sich jeder einfügen muß, unerläßlich.

Aber der Titel der Weltfremdheit wird doch oft auch in einem ganz anderen Sinne vergeben. Weite Kreise in Handel und Industrie lieben es besonders, volkswirtschaftliche Forscher dann als weltfremd zu bezeichnen, wenn sie Theorien aufstellen oder praktische Reformvorschläge machen, die ihnen nicht passen. Da sie dann diese Leute nicht schlechthin als dumm bezeichnen können, weil es sich teilweise um Männer der Wissenschaft von großem Ruf und anerkannter Intelligenz handelt, so erfinden sie dafür das weniger kränkende Wort Weltfremdheit, das als nicht ohne weiteres beleidigend empfunden werden kann. Dabei übersehen diese Herren nur die Kleinigkeit, daß selbst, wo ihr Vorwurf zutrifft, das noch keineswegs die Entwertung der Leistungen ihrer Gegner bedeutet. Es kann z. B. ein Volkswirt bestimmte Strömungen im Unternehmertum oder in der Arbeiterschaft durchaus richtig erkennen und bewerten, auch wenn er von den Einzelheiten und Einzelvorgängen nichts weiß. Denn diese Einzelheiten, die dem Praktiker oft das Wichtigste erscheinen,

sind vielfach nur Beiwerk, durch dessen allzu genaue Kenntnis der Einblick in die Prinzipien der Dinge nur erschwert wird. Gerade durch die immer weiter um sich greifende Auffassung, daß die heranwachsende Jugend auf unseren Hochschulen durch die teilweise erhebliche Weltfremdheit der nationalökonomischen Dozenten gefährdet und für die Praxis verdorben wird, hat nun der Gedanke der Errichtung besonderer Handelshochschulen zunächst eine erhebliche Schwungkraft in Deutschlands Handels- und Industriekreisen gefunden. Dort sollten die heranwachsenden Kaufmannsgenerationen sich mit der Betriebstechnik und der Wissenschaft vom Handel befassen. Und aus ihnen das Serum gewinnen, das sie gegen das Gift weltfremder nationalökonomischer Volksbeglücker immun macht. Kaum aber waren die neuen Hochschulen in Tätigkeit getreten, so übertrug man auch das Stigma der Weltfremdheit auf die Dozenten der Handelswissenschaften. Es wird noch erinnerlich sein, welchen Sturm der Entrüstung die Aufsätze Sombarts über die Reklame erregten. Sie waren nun allerdings „ein echter Sombart". Dieser kluge und sensitive Mensch hatte eben wieder einmal das Bedürfnis empfunden, einen Gedanken isoliert zu Ende zu denken, faßte das Problem lediglich von der ästhetischen Seite an und ließ diese Gedankenübung drucken, so wie gelegentlich geniale Maler ihre Skizzen zu Kolossalgemälden auf den Markt bringen. Es wäre kein Schaden entstanden, wenn Sombart diese Dinge nicht hätte drucken lassen. Aber es war auch nicht nötig, in das Geschrei einzustimmen, das damals vom Chorus der Praktiker erhoben wurde. Immerhin aber war Sombart wenigstens noch ein Mitglied der national-ökonomischen Zunft. Jedoch ich erinnere an die Erregung, die sich weiter Handelskreise bemächtigte, als vor ganz kurzer Zeit Professor Schär von der Berliner Handelshochschule seine Untersuchung über die Verkaufsmethode „Selbstkosten plus 10 %" veröffentlichte. Man mag die Resultate, zu denen Schär kam, billigen oder nicht. Aber es lag gar keine Veranlassung vor, sich über seine Untersuchungen zu entrüsten. Jedoch auch seine Veröffentlichungen wurden zum Anlaß genommen, über die Weltfremdheit der Handelswissenschaftler zu klagen und allgemeine Angriffe gegen die Handelshochschulen zu erheben.

Nun ist diesen Anklägern in seinem Buch „Zur Mechanik des Geistes" Walther Rathenau anscheinend zu Hilfe gekommen, indem er dort schrieb: „Die Methoden der Organisation, der Finanzierung, der Prüfung, der Verhandlungen des Fabrikbaues, der Konzentration, der Syndizierung, der Verkehrsgestaltung sind heute Eigentum einer kleinen Minderzahl; sie wären Gemeingut, wenn es eine Geschäftswissenschaft gäbe, wenn nicht weltfremde Dozenten mit den Mitteln harmloser Statistik diese lebendigen Dinge zu beherrschen glaubten; . . . . . wenn vielmehr unter den Führern der Wirtschaft und des staatlichen Lebens eine Anzahl gebildeter Menschen sich fände, die in Gedanken und Worte fassen wollte, was ihnen selbstverständliche Praxis ist." Diese Worte haben der seit einiger Zeit unter der Redaktion von Benno Jaroslaw erscheinenden Zeitschrift „Wohlfahrt und Wirtschaft" Veranlassung gegeben, eine Umfrage unter Handelswissenschaftlern und Praktikern über die Weltfremdheit der Dozenten der Geschäftswissenschaft zu veranstalten. In einem Schlußwort zu dieser Rundfrage schrieb Dr. Walther Rathenau: „Die Mehrzahl der Einsender hat erkannt, daß es nicht meine Absicht war, den Dozenten der Handelswissenschaften Weltfremdheit vorzuwerfen. Ich hatte ausgeführt: „Die Ziele, die Mittel, die Kunst der eigentlichen Geschäftspolitik sind Eigentum einer Minderheit. Es ist Weltfremdheit, zu glauben, daß diese lebendige Staatskunst der Geschäfte durch Statistik, Betriebsforschung oder Studium von Berichten erlernt werden kann. . . . Zu dieser unerforschten Kunst und Technik gehören: Die Einschätzung und psychologische Kenntnis der Nationen und Menschen, der Erfindungen und Erfinder, des Publikums und der Finanzleute; die Prüfung der Geschäftsgebiete, der Bedürfnisse, der Geldbeschaffung, der Assoziationen; der Verkehr mit Gegnern, mit Gegenkontrahenten, Sozien und Angestellten; die Erkundung und Heilung von Unternehmungen; die Behandlung internationaler Geschäftsprobleme und Geschäfte mit fremden Staaten; die Würdigung der verschiedenen Organisationsmöglichkeiten im Inlande und Auslande; das Wesen der Konzessionen, Betriebe und Monopole; die Organisationen der Zweigunternehmungen, affiliierten Geschäften und Niederlassungen; die Frage nach den typischen Gefahren, Irrtümern, Mißgriffen, nach Aussichten und Expansionsmöglichkeiten — und zahllose andere Probleme und Erfahrungen, die durch Jahrzehnte hindurch immer wieder mit neuen Opfern gelöst und bezahlt werden mußten."

Ich finde von den Aeußerungen Rathenaus in seinem Buch zu diesem Schlußwort keine rechte Brücke. In seinem Buch meint er, daß alle die Organisations-, Finanzierung-, Prüfung- und Verhandlungmethoden Gemeingut wären, wenn unsere Dozenten nicht weltfremd wären, und in seinem Schlußwort macht er uns eigentlich glauben, daß diese Dinge überhaupt kaum erlernt werden könnten. Aber er hat sicher in-

sofern recht, als die Geschäftskunst so wenig erlernt werden kann als die Kunst des Arztes und des Rechtsanwalts, und als die Geschäftstechnik, die die solide Grundlage für jede Kunst sein muß, vielfach nicht erlernt werden kann mit den Methoden unserer heutigen Dozenten. Diese Dozenten sind häufig nicht etwa weltfremd, sondern geschäftsfremd. Ihnen fehlt oft das Salz geschäftlicher Erfahrung. Ein Teil der Dozenten der Handelswissenschaften an unseren Hochschulen ist aus dem Lehrerberuf hervorgegangen. Sie haben sich vielfach nach Kräften bemüht, nachträglich etwas von der Praxis dadurch zu erfahren, daß sie auf längere oder kürzere Zeit in kaufmännische Betriebe gingen. Aber selbstverständlich ist es ihnen nur in ganz wenigen Fällen gelungen (Schär, der in den allerdings kleineren wirtschaftlichen Verhältnissen der Schweiz aufgewachsen ist, bildet eine der Ausnahmen), sich wirklich in den Geist der Praxis einzuleben. Abgesehen davon, daß man in so kurzen Zeitläuften vom kaufmännischen Beruf natürlich nur das Oberflächliche, keinesfalls aber die Psychologie des Geschäftslebens und der Geschäftsleute erfassen kann, so ist vielfach auch der wenig gute Wille der Praktiker, die den Lernbeflissenen ausbilden sollen, daran schuld. Ich muß, wenn ich davon höre, daß ein Assessor, ein Student oder ein Handelslehrer in Geschäften volontiert, immer an jenen Feldwebel aus der Anekdote denken, der, als ein Journalist als Landwehrmann eingezogen war, die Unteroffiziere mit den Worten warnte: „Achtung, das Aas schreibt." Diese Anekdote charakterisiert trefflich die Empfindung, die die Praktiker solchen Volontären entgegenbringen. Man will den Schutzbefohlenen gar nicht wirklich in die Geschäfte einweihen.

Das ist überhaupt der Kernpunkt der ganzen Frage, wie mir scheint. Man muß es unseren Juristen der jüngeren Generation und namentlich den Handelslehrern lassen, daß sie sich außerordentliche Mühe geben, praktische Kenntnisse zu erwerben. Aber in den allermeisten Fällen ist das Entgegenkommen der Kaufleute denkbar gering. Dieselben Herren, die über die Geschäftsunerfahrenheit und die Uneingeweihtheit der Hochschullehrer zetern, hätten es sehr in der Hand, den Wißbegierigen entgegenzukommen. Aber sie tun es nicht. Ihr Bestreben geht vielmehr dahin, den Mann davon zu überzeugen, wie vortrefflich alles im kaufmännischen Leben ist, aber sie denken meist gar nicht daran, ihn nun auch einen Einblick in die wirklichen Geschäftsvorgänge tun zu lassen. Das ist denn auch meines Erachtens der Punkt, der recht wund in den Fortbildungkursen für Juristen und Nationalökonomen ist, die jetzt so mannigfaltig veranstaltet sind. Da wird jetzt z. B. so viel Rühmens gemacht von den Fortbildungkursen, die vor kurzem die Aeltesten der Kaufmannschaft zu Berlin veranstaltet haben. In diesen Kursen sind vorzügliche juristische Vorlesungen gehalten worden. Der Kaufmann, der intelligent genug war, diese Gelegenheit zur Fortbildung zu benutzen, konnte dort treffliche Lehrer für die Einführung in die juristische Ideenwelt finden. Aber wo war die Entschleierung der kaufmännischen Praxis da zu finden? Ein besonders charakteristisches Beispiel für das übliche Verfahren war die Vorlesung des Herrn von Gwinner über das Petroleummonopol. Ich bin Anhänger des Monopols und würde faute de mieux sogar das Projekt der Deutschen Bank in Kauf nehmen. Aber wenn ich kaufmännische Kurse für Juristen veranstalten würde, so würde ich nicht gerade den Hauptinteressenten in dieser Frage unbefangene Hörer orientieren lassen. Ueberhaupt leiden ja all diese Kurse daran, daß man Bankdirektoren über Bankwesen lesen läßt. Erstens bestreite ich, daß diese Herren rein pädagogisch die richtigen Lehrer sind, denn man kann ein vorzüglicher Bankdirektor sein und braucht durchaus nicht die Fähigkeit zu haben, das Wesen der Geschäfte, denen man viel zu nahe steht, klarmachen zu können. Und zweitens darf man doch auch nicht erwarten, daß diese Herren über die großen Probleme des Bankwesens, die uns heute alle bewegen, über die Konflikte der Privatwirtschaft mit den öffentlichen Interessen, unparteiisch sich äußern können.

Doch das wollen ja die Veranstalter solcher Kurse auch gar nicht. Und das wollen im Grunde so manche der Handelskorporationen auch gar nicht mit ihren Hochschulen bezwecken. Ihnen sind die geschäftskundigen Dozenten oft nur dann bequem, wenn man weiß, daß sie vollkommen ungefährlich sind, entweder weil sie nichts wissen, oder weil sie nichts sagen. Der Liberalismus befehdet auf das ärgste die Ministerien, die angeblich die Freiheit der Fakultäten gefährden, indem sie vorgeschlagene Professoren, weil sie ihnen nicht passen, nicht anstellen. Und unsere Handelskorporationen, denen ihren Hochschulen gegenüber dasselbe Recht zusteht wie den Ministerien gegenüber den Fakultäten, sind vielfach durchaus nicht besser. Sie besetzen notwendige Lehrstühle unter Umständen überhaupt nicht oder nur ganz unzureichend, weil die fürs Lehramt Berufenen ihnen zu viel von den Geschäften verstehen. Man soll endlich mit den heuchlerischen Klagen über Weltfremdheit aufhören. Man könnte ihr schon abhelfen, aber man will nicht.

# Bankkredit und Geschäftsverkauf.

Von Walther Schubert-Berlin.

Der Inhaber eines Handelsgeschäftes lebt in geregelten Verhältnissen. Seine Firma reguliert per Kasse und genießt allseitig guten Ruf. Diese Momente haben ein Bankhaus bewogen, der Handelsfirma einen ungedeckten Kredit in Blanko in Höhe von 400 000 ℳ einzuräumen. Die Bedingungen hierfür sind: 1 % über Banksatz, 1/4 % Provision pro Quartal.

Der Bankkredit wurde als „Saisonkredit" bewilligt: Das Handelshaus kauft im Frühjahr eine bestimmte Warenmenge waggonweise ein, begleicht dieselbe nach Empfang mit Hilfe des „Saisonkredits" und deckt den hierdurch entstehenden Debetsaldo auf Bankkonto vereinbarunggemäß innerhalb von sechs Monaten sukzessive in bar wieder ab, nachdem die Außenstände für die weiterverkauften Waren eingegangen sind.

In jedem Herbst aber ist das Bankkonto „glatt".

Der Inhaber der Handelsfirma erkrankt plötzlich schwer an einem hartnäckigen Leiden. Er kann sich dem Geschäft nicht mehr so intensiv wie früher widmen. Geschäftsführer und verstärktes Hilfspersonal teilen sich in die Arbeiten des Chefs. Das Mahnen der Außenstände, das der Chef bisher persönlich mit Straffheit erledigte, gerät stark in Verzug. Die zur prompten Begleichung erzogene Kundschaft wird zum Teil stark rückständig. Die Außenstände schwellen mehr und mehr an. Die allgemeinen Unkosten wachsen, und der bequemere, aber auch kostspieligere Weg der Geldbeschaffung durch eine Bank wird betreten: Aus dem ursprünglichen Saisonkredit von 40 000 ℳ wird nach und nach ein regulärer Blankokredit von 80 000 ℳ, den das Bankhaus stillschweigend zu den oben erwähnten Bedingungen entgegenkommend genehmigt. Nach wie vor wurden die Warenschulden per Kasse mit Skontoabzug bezahlt.

Der kranke Inhaber sieht nicht die Möglichkeit, sobald wiederhergestellt zu sein. So entschließt er sich schweren Herzens zum Verkauf seiner Firma. Ein vertrauenswürdiger, zahlungfähiger Kaufinteressent wird gefunden. Ueber alle Punkte des Geschäftsabschlusses herrscht Klarheit und Uebereinstimmung — bis auf einen: Der Inhaber der Firma will die Ablösung des Bankkredits dem Nachfolger überlassen bzw. der Verkäufer gibt dem Kauflustigen anheim, sich vor dem Kaufabschlusse mit dem Bankhause zwecks gleicher Kreditgewährung in Verbindung zu setzen.

Der Kauflustige kommt nach reiflicher Ueberlegung zu folgendem Resultat: „Ich soll für die alten Sünden, die — der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe — infolge, der Erkrankung des Inhabers begangen wurden, büßen:

1. Ich soll für die bare Abdeckung des angeschwollenen Bankkredits von 80 000 ℳ Sorge tragen

oder

2. versuchen, das Bankhaus für die gleiche Kreditgewährung an mich, den neuen Inhaber, zu bestimmen.

Beide Wege sind für mich ungangbar, denn einmal fehlen mir die zu 1. nötigen Barmittel. Dann muß ich zu 2. der Erwägung Raum geben, daß das Bankhaus meine Qualitäten und meine Verhältnisse nicht kennt. Somit wird es mir — dem unbeschriebenen Blatt — den gleichen Kredit nicht einräumen. Im Moment des Kaufabschlusses würde die Bank den Kredit kündigen. Dann kämen Sorgen über Sorgen.

Es bleiben mir zwei Wege offen:

a) Im Fall eines Geschäftskaufes übernehme ich nicht den dem derzeitigen Inhaber eingeräumten Bankkredit. Dann wäre nötig, zuvor eingehend zu prüfen, ob das Geschäft in der Lage ist, aus eigener Kraft genügende Betriebsmittel zu liefern:
   1. durch schnelles Roulieren der Außenstände (Bonität der Kundschaft).
   2. durch Beschränkung der Unkosten und Ausgaben, die in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind, auf das Allernotwendigste.

Von einer Begleichung der Warenschulden innerhalb 30 Tagen mit Skontogenuß wird freilich keine Rede mehr sein können. Aber, vielleicht ist es möglich, nach Ablauf von drei Monaten prompt zu regulieren. Bei sparsamer Wirtschaft wird man nach und nach auf Begleichung innerhalb 30 Tagen wieder kommen können. Die dreimonatliche Regulierung würde einen Agiogewinn allerdings ausfallen lassen. Bei einem jährlichen Wareneinkauf von 300 000 ℳ entgingen Skonti von rund 6000 bis 7000 ℳ.

Demgegenüber steht aber eine ungefähr gleiche Ersparnis an Zinsen und Provision für den verschmähten Bankkredit von 80 000 ℳ:

7 % + 1/4 % p. Quartal = 8 % p. a. = 6400 ℳ.

Ein erheblicher Verlust entstünde nun durch die Nichtinanspruchnahme des Bankkredits demnach nicht.

b) Der zweite Weg wäre der, daß der jeweilige Inhaber selbst für den entrierten Bankkredit von 80 000 ℳ solange selbstschuldnerische Bürgschaft übernimmt, bis derselbe durch geordnete, sparsame Wirtschaft auf 40 000 ℳ zum wirklichen Saisonkredit, der also in jedem Frühjahr in Anspruch genommen und im Herbst darauf prompt in bar abgedeckt wurde, herabgesunken ist. Zur Erreichung dieses Zweckes fällt mir als Nachfolger die undankbare Arbeit zu, energisch die Außenstände ein-

zutreiben. Eine Arbeit, die ohne Reibungen mit der Kundschaft nicht abgeht. Diese Arbeit wird mich, der ich völlig schuldlos an dem Zustande bin, eine Menge kostbarer Zeit kosten, die sonst bei regulärer Lage der Geschäfte weit lukrativer verwendet werden könnte. Ist dann der jeweilige Bankkredit von 80 000 ℳ. wieder zum Saisonkredit, mit der Grenze von 40 000 ℳ., herabgesunken, dann werde ich Mittel und Wege finden, der Bank, die meine Person inzwischen auch näher kennen lernen und richtig beurteilen wird, geeignete Vorschläge zu machen."

— — — — — — — — — — — — —

Es steht fest, daß infolge Krankheit des Inhabers auch sein Geschäft an Gesundheit verloren hat. Nach außen hin freilich nach wie vor blühend und frisch. Ist doch die Begleichung prima: Barzahlung der Wareneinkäufe innerhalb 30 Tagen. Aber ein inneres Leiden hat sich eingestellt. Das Kreditbedürfnis ist überspannt durch Festlegung von Außenständen, die nicht mehr so prompt eingezogen wurden, und die vielleicht auch nicht immer während der Abwesenheit des kranken Inhabers vom Geschäftsführer mit derjenigen Vorsicht hergestellt wurden, die nötig sind, um eine erstklassige zahlungfähige Kundschaft an der Hand zu haben. Der Kaufinteressent handelt richtig, wenn er nicht mit beiden Beinen blindlings ins Geschäft springt. Er zeigt, daß er ein Kaufmann ist, der zu rechnen und zu wirtschaften versteht. Er möchte auf den Bankkredit verzichten und zunächst prüfen, ob die Firma imstande ist, aus eigener Kraft genügende Betriebsmittel zu liefern. Diese Untersuchung ist nicht einfach. Denn jedes einzelne Debitorenkonto ist zu prüfen und das Ergebnis zu notieren:

1. Die Höhe des Debetsaldos?
2. Seit welcher Zeit stehen die einzelnen offenen Posten unbeglichen?
3. Wie lauten die Auskünfte über die Solvenz und den Ruf der Kunden?

Das Gesamtergebnis dieser Untersuchungen wird ein klares Bild liefern.

Kommt der Kaufabschluß zustande, dahingehend, daß der Verkäufer die Ablösung des Bankkredits selbst übernehmen will, dann muß der Käufer von der unbedingten Bonität der Kundschaft überzeugt sein. An eine Erweiterung des Geschäftes durch eigene Kraft, aber aus sich selbst heraus, ohne Zuführung neuen Kapitals, ist vorläufig nicht zu denken. Denn das Verhältnis des Geschäftsvermögens zum Betriebskapital ist im Moment kein besonders günstiger. Wir sahen, daß es nötig war, die allgemeinen Unkosten bedeutend zu erhöhen. Das schmälert den Geschäftsgewinn. Die allgemeinen Unkosten zu verringern, wo es nur irgend geht, ist der ernste, feste Wille des Käufers. Gelingt es ihm, mit Erfolg hier wesentliche Ersparnisse vorzunehmen, so wird das zur Gesundung des erkrankten Geschäftskörpers beitragen. — Die Flottmachung festgefahrener Außenstände ist ein heikles Ding. Nach Schema F kann nicht verfahren werden. Eine individuelle Behandlung der einzelnen Kunden in Wort oder in Schrift hat Platz zu greifen. Bei einem Kunden ist Energie, bei dem andern ist Entgegenkommen und Nachsicht nötig. Alles in allem, eine Arbeit, die dem neuen Inhaber viel kostbare Zeit raubt, die er, lägen die Verhältnisse anders, zur Offensive und zu tatkräftiger anderer Arbeit mit größtem Vorteile verwenden könnte. Bei Bemessung des Firmenwertes, der beim Geschäftskauf in der Regel besonders honoriert wird, kann der Kaufinteressent diese Mißstände besonders betonen, um einen entsprechenden Preisnachlaß durchzudrücken. — Die Begleichung der Warenschulden muß, wie wir sahen, verzögert werden: Sie erfolgt erst nach Ablauf von drei Monaten. Ein Moment, über welches leichten Herzens nicht hinweggegangen werden darf. Wer innerhalb 30 Tagen begleicht, kann seine Bedingungen beim Einkauf stellen. Wer diesen Zahlungmodus fallen läßt, muß damit rechnen, daß ihm nicht immer gleich günstige Offerten gemacht werden. Somit kann der Einkauf der Waren erheblich verteuert, das Ergebnis des Jahresgewinnes verringert werden.

Das Bestreben, mit dem Betriebskapital hauszuhalten, bringt den neuen Käufer ohne Zweifel auf Einschränkung der Ausgaben für Propaganda. Das Eingehen großer Geschäfte wird er sich überlegen. Bedeutet dies doch für ihn eine Vermehrung des Risikos. Dasselbe würde mehr verteilt werden, wenn eine entsprechende Anzahl kleinerer Geschäfte getätigt würden. Freilich steht bei dem verminderten Risiko auch ein verminderter Gewinn gegenüber. Denn in der Regel werfen große Geschäftsabschlüsse größeren Gewinn ab. Die Leistungfähigkeit der Firma wird aber abnehmen. Der Geschäftsgang muß unter der Hand des neuen Inhabers eine scharfe Wendung erfahren, die freilich nur temporär sein kann, wenn Komplikationen sich vermeiden lassen und wenn das Streben, die Grundsätze, die Kalkulation, die Erwägungen eines verständig wirtschaftenden Käufers mit Erfolg gekrönt sind.

Bei Festlegung der Amortisationskala des Kaufpreises spielen alle diese Punkte eine bedeutende Rolle. Verpflichtet sich der Käufer zur Abzahlung, die über seine Kraft geht, so drohen ihm neue Gefahren, neue Sorgen. —

Auf die unter b) folgenden Erwägungen des Kaufinteressenten, nämlich, daß der Verkäufer selbstschuldnerische Bürgschaft für den entrierten Bankkredit von 80 000 ℳ. eingehen soll, erübrigt sich, näher einzugehen.

Auf einen solchen Vorschlag wird sich niemand einlassen, der nicht voll und ganz von der Sicherheit, von der kaufmännischen Tüchtigkeit und von den anderen nötigen Eigenschaften des Kaufinteressenten überzeugt ist. Und selbst auch dann wird sich kaum jemand bereit finden, Bürgschaft zu übernehmen: Am Bürgen muß man würgen!

# Revue der Presse.

Die Frankfurter Zeitung (10. Februar) bringt die regelmäßige Statistik über die

### Börsenkurse im Januar 1914.

Der Januar hat eine erhebliche Erhöhung des durchschnittlichen Kursniveaus gebracht. Die Inderziffer, die den Durchschnittskurs für die Hälfte des an der berliner Börse zum Handel zugelassenen Kapitals angibt, stellte sich Ende Januar 1914 auf 100,43% gegen 98,66 % im Vormonat und gegen 100,76 % im Januar des Vorjahres. Festverzinsliche Werte, die Ende Dezember 1913 einen Durchschnittskurs von 88,85 % (Ende Januar 1913 einen solchen von 90,96%) inne hatten, stellten sich Ende Januar 1914 auf 89,86%. Von den einzelnen Wertgruppen haben deutsche Staatsanleihen eine erfreuliche Steigerung (87,13 % gegen 84,84% im Vormonat resp. 87,36 im gleichen Monat des Vorjahres) zu verzeichnen. Lospapiere gingen auf 172,01 gegen 167,40% resp. 162,70% und Hypothekenbankobligationen auf 89,66% gegen 88,75% resp. 91,5%. Eine sehr erhebliche Steigerung von 157,27% (im Januar 1913 159,33%) auf 163,59% haben Dividendenwerte aufzuweisen. Insbesondere Montanwerte (196,79% gegen 187,07 resp. 196,30%), Metall- und Maschinenindustrieaktien (202,23% gegen 194,41 resp. 189,18%), Chemische Industrieaktien (423,33% gegen 401,84% resp. 386,82%) und auch Deutsche Bankaktien (168,97% gegen 162,98 resp. 160,94%) haben ihren Kurs nicht unbeträchtlich erhöhen können. — Im „Tag“ (1. Febr.) schreibt das Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Freiherr v. Zedlitz und Neukirch über das

### Zigarettenmonopol.

Die Gefahr der Vertrustung der deutschen Zigarettenfabrikation läßt die Frage eines Reichszigarettenmonopols wieder akut werden. Sowohl im Interesse der Ausschaltung des Trusts aus Deutschland, als auch im finanziellen Interesse des Reiches, das für die beabsichtigte Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente und für den Ausbau der Witwen- und Waisenversicherung eine neue große Einnahmequelle gut gebrauchen könnte, ist die gründliche Prüfung dieses Projektes dringend notwendig. Von den Gegnern des Monopols wird als Haupthindernis einer Monopolisierung der deutschen Zigarettenfabrikation immer die unerschwingliche Höhe der Kosten der Verstaatlichung und Abfindung der bestehenden Fabriken bezeichnet. Eine lose Schätzung zeigt jedoch, daß diese Kosten bei weitem nicht so immens sind, als daß an diesem Punkte das ganze Projekt scheitern müßte. Man kann das in der deutschen Zigarettenfabrikation investierte Kapital auf etwa 120 Mill. ℳ schätzen. Der Großhandelswert unserer Zigarettenfabrikation betrug 1912 rund 140 Mill. ℳ, wobei der Fabrikationsgewinn mit etwa 10% zu veranschlagen ist. Es würde also für eine Verstaatlichung mit einem einmaligen Kapitalsaufwande von 250 bis maximal 300 Mill. ℳ zu rechnen sein. Dafür gelangte denn aber auch die Monopolverwaltung in den Besitz aller, zum größten Teil mit allen neueren technischen Errungenschaften versehenen bedeutenden Fabriken und wäre so sofort zur Weiterführung aller Arbeiten in der Lage. Es würde sich empfehlen, den größten Teil der größeren Fabriken ständig und unter der Leitung der bisher in der Zigarettenindustrie tätigen Kreise in leitender Stellung weiterzuführen, damit den verschiedensten Geschmacksrichtungen im Publikum entgegengekommen und eine Absatzstockung vermieden werden kann. Dadurch würden sich auch große Schädigungen der Nebenbetriebe und Arbeiterentlassungen nach Möglichkeit vermeiden lassen. Es ist anzunehmen, daß, wenn erst einmal die Monopolverwaltung vollkommen eingearbeitet sein würde und die Geschäfte ihren regelmäßigen Gang gehen, mit einem jährlichen Reingewinn von 100 Mill. ℳ zu rechnen ist. — Vorschläge für

### Neue Anleiheformen

macht in der Frankfurter Zeitung (11. Febr.) Hugo Heymann-Berlin/Grunewald. Das Zeichnungresultat der letzten preußischen Schatzscheinanleihe zeigt, daß man auf dem Wege der zum Pariwerte rückzahlbaren auslosbaren Anleihen fortschreiten muß. Durch eine kleine Verbesserung kann man jedoch diese Anleiheform noch weit breiteren Abnehmerkreisen zugänglich machen. Die Anleihen müssen so konstruiert sein, daß der Besitzer zu einem bestimmten Termin mit der Einlösung rechnen und darnach seine Dispositionen treffen kann. Dies ist dadurch zu erreichen, daß man eine Abtragung der Schuldverschreibungen in feststehenden gleichmäßigen Jahresraten vornimmt. Es würde dann beispielsweise eine 4% Anleihe in Abschnitten von 30 000 bis 150 ℳ ausgegeben werden, von der jedes Jahr der 15. Teil des Nominalbetrages, also von den 30 000 ℳ Abschnitten z. B. 2000 ℳ und von den 150 ℳ-Abschnitten 10 ℳ zurückzuzahlen wäre. Die Rückzahlungquote hätte gegen einen bei Fälligkeit abzutrennenden Coupon oder Talon zu erfolgen, und der Text der Schuldverschreibungen müßte so beschaffen sein, daß man den jeweiligen Stand der Rückzahlungen aus ihm erkennen könnte. Die Rückzahlungen würden am zweckmäßigsten am 1. Januar, und die Zinszahlungen am April/Oktobertermin halbjährlich erfolgen. Die Zinsen würden sich natürlich entsprechend den Rückzahlungen von Jahr zu Jahr entsprechend reduzieren. Diese neue Anleiheart wäre eine ideale Kapitalsanlage für alle, welche periodische Barverpflichtungen zu erfüllen hätten, würde sich also für Sparkassen und Versicherunggesellschaften, für Gesellschaften, die Rückzahlungen, Dividenden oder Zinsen auszuschütten haben, für Hypothekenschuldner, Pächter usw. besonders eignen. Die neuen Anleihen würden übrigens auch sich sehr gut im Kurse behaupten, da es eine alte Erfah-

rung ist, daß Renten, deren Tilgung in ratenweisen Rückzahlungen erfolgt, eine sehr widerstandsfähige Kursgestaltung aufweisen. — Eine sehr bemerkenswerte Reichsgerichtsentscheidung über die

**Aufklärungpflicht der Banken bei Kreditauskünften**

veröffentlicht der Berliner Börsen-Courier (13. Febr.). Ein Kaufmann W., der Gesellschafter und Geschäftsführer einer G. m. b. H. war, gewann einen Kaufmann S. zum Beitritt in die Gesellschaft. Vorher erkundigte sich S. bei einem hildesheimer Bankhaus über die Gesellschaft und die Gesellschafter. Er bekam hier die Auskunft, daß man die Verhältnisse der Gesellschaft, mit der man nicht in Verbindung stehe, nicht kenne, wohl aber den W., der nach den der Bank vorgelegten Bilanzen über ein beträchtliches Vermögen verfüge und überhaupt als ordentlicher Kaufmann geschildert werde. Infolge dieser Auskunft überwies S. der Bank 40 000 ℳ zur Gutschrift auf das Konto der Gesellschaft. Die G. m. b. H. ging jedoch bald darauf in Konkurs, und S. verlor seine ganze Einlage. Es stellte sich heraus, daß zu dem Zeitpunkt, wo die Bank dem S. die günstige, ihn zum Beitritt veranlassende Auskunft über W. gegeben hatte, W. bereits seit langem einen Kredit von 50 000 ℳ bei der Bank überschritten hatte und trotz aller Mahnungen die von der Bank verlangte Bürgschaft nicht beibrachte. Er verstand sich endlich nur dazu, ihr Forderungen abzutreten. Als S. die 40 000 ℳ bei der Bank einzahlte, gab W. dieser die Order, den Betrag nicht dem Konto der Gesellschaft, sondern seinem eigenen gutzuschreiben, da er eine Forderung in gleicher Höhe an die Gesellschaft habe. S. klagte nun gegen die Bank auf Ersatz seiner verlorenen 40 000 ℳ, wurde aber in der ersten Instanz vom Landgericht Hildesheim abgewiesen. Die zweite Instanz sprach ihm dagegen schon 30 000 ℳ zu, während endlich das Reichsgericht diese Entscheidung aufhob und die beklagte Bank zur Zahlung des vollen Betrages nebst Zinsen verurteilte. In der Begründung des Urteils wurde gesagt, daß die Bank nach Lage der Dinge eine gewissenhafte und genaue Auskunft zu erteilen hatte. Ein wissentliches Verschweigen wesentlicher Tatsachen wäre jedoch einer falschen Auskunft gleichzusetzen. Die Bank wäre verpflichtet gewesen, ihre eigenen schlechten Erfahrungen mit W. dem S. mitzuteilen, und hätte auf keinen Fall den W., der ihr trotz aller Mahnungen weder Bürgschaft noch Sicherheiten beizubringen vermocht hätte, sondern ihr nur — was doch ein in guten Vermögensverhältnissen befindlicher ordentlicher Kaufmann nicht täte — Forderungen abgetreten habe, als begüterten Kaufmann in geregelten Verhältnissen hinstellen dürfen. Die Bank wußte, daß die G. m. b. H. ganz erhebliche Schulden hatte, und hat also mit all ihren Angaben gegen besseres Wissen gehandelt. — Ueber einen Prozeß, in dem es sich um den

**Differenzeinwand bei Börsengeschäften in Rohzucker**

handelte, berichtet die Vossische Zeitung (10. Febr.) Der Kläger B. hatte im Oktober 1911 von der Mitteldeutschen Privatbank in Magdeburg 10 000 Sack (20 000 Zentner) Rohzucker zur Lieferung im Mai 1912 gekauft, und zwar laut Schlußschein unter Ausschluß aller Börsenusancen. Am 12. April 1912 prolongierte er das Geschäft bis August 1912 und kaufte gleichzeitig noch weitere 2500 Sack zur Lieferung im August hinzu, so daß der Wert der beiden Geschäfte zusammen 375 000 ℳ betrug. Der Kontrahentin hatte er als Sicherheit Hypotheken und Effekten bestellt. Als sich für B. bei Lösung des Geschäftes ein Verlust von rund 128 000 ℳ ergab, strengte er die Feststellungklage gegen die Bank an, daß diese nicht berechtigt sei, sich aus den gestellten Sicherheiten zu befriedigen, weil das Zuckergeschäft ein Differenzgeschäft und ein für ihn unverbindliches Börsengeschäft gewesen sei. Der Kläger hatte auch den Erfolg, daß in den beiden ersten Instanzen zu seinen Gunsten entschieden wurde. Das Oberlandesgericht führte u. a. aus, daß alle Umstände deutlich darauf hinwiesen, daß beim Eingehen des Geschäftes beim Kläger die Absicht eines Differenzgeschäftes vorhanden gewesen sei, und daß die Beklagte das auch erkannt habe, oder doch bei Anwendung der genügenden Sorgfalt hätte erkennen müssen. Außerdem spreche auch die Stellung eines relativ kleinen Depots (46 000 ℳ) für die Spielabsicht des Klägers. Gegen das Oberlandesgerichtsurteil legte die beklagte Bank Revision ein, in der u. a. bemängelt wurde, daß die Vermögensverhältnisse des Klägers nicht einwandfrei festgestellt worden seien, und daß ferner ihre Kenntnis von der Spielabsicht des Klägers nicht feststehe. Das Reichsgericht hat nunmehr der Revision stattgegeben und den Streit zur nochmaligen Verhandlung an einen anderen Senat des Oberlandesgerichtes zurückverwiesen.

# Aus den Börsensälen.

Die Börse hat ihre Physiognomie in den beiden letzten Wochen sehr wenig verändert. Die feste Grundtendenz konnte erhalten bleiben, und es wurden auch in dem einen oder anderen Papier Kurssteigerungen erzielt. Namentlich der Kassaindustriemarkt bewahrte im wesentlichen seine zuversichtliche Haltung, wenn auch Realisationen der allzu rasch eingegangenen Hausseengagements an einigen Tagen zu Rückgängen führten. Gleichzeitig zeigte sich jedoch, dass die spekulative Unternehmunglust des Privatpublikums noch nicht so stark ist, wie die Börse es noch vor wenigen Wochen angenommen hatte. Nur allmählich kehrt das Vertrauen zurück; in der Hauptsache ist es bisher die berliner Depositenkassenkundschaft gewesen, deren Effektenkäufe die Kurse gesteigert haben, während man in der Provinz vielfach noch recht zurückhaltend ist. Eine Neigung zu Kapitalsanlagen ist jedoch in gesteigertem Umfange ohne Zweifel vorhanden; es ergibt sich dies schon daraus, dass die von Bankiers versandten Wochenberichte wieder Erfolg haben. Deutlich kann man beobachten, dass die Kurse der darin empfohlenen Werte — in sehr vielen Fällen ohne sachliche Berechtigung — bald nach der Versendung der Berichte eine Steigerung erfahren. Was der Börse vorläufig noch

fehlt, das ist die zunächst nur erhoffte, tatsächlich aber noch nicht eingetretene Besserung der industriellen Lage. Bisher ist es gerade z. B. in der Eisenindustrie nur bei Erwartungen auf eine Belebung im Frühjahr geblieben, weil angenommen wird, dass der billige Geldstand die Bautätigkeit anregen werde. Es muss abgewartet werden, ob sich diese Hoffnungen erfüllen werden; jedenfalls vermisst es die Börse vorläufig, dass von einem Aufschwung der Industrie noch nicht gesprochen werden kann. Das ist freilich kein Wunder; es wäre vielmehr im Gegenteil sehr erstaunlich, wenn die Zeit des Rückschlages bereits vollständig überwunden wäre. Wahrscheinlich würden alsdann auch die Kurse bereits höher notieren, weil die Börse den Ereignissen vorzugreifen pflegt. Sie hat allerdings schon zum Teil der Erwartung einer industriellen Belebung in den Kursen Ausdruck verliehen.

* * *

Die Einigung zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd hat auf die Kurse der beiden grossen Schiffahrtgesellschaften nur einen unbedeutenden Einfluss ausgeübt. Nachdem die Börse trotz der Auflösung des atlantischen Schiffahrtpools an der Ueberzeugung festgehalten hatte, dass das eigene Interesse der Dampferlinien, wie namentlich der Emissionsbanken, einen langwierigen Ratenkampf nicht zulässt, konnte sie die Nachricht von einem Zustandekommen der Einigung eigentlich nicht mehr allzusehr überraschen. Dennoch wäre wohl bei anderer Disposition der Effektenmärkte eine grössere Kurserhöhung eingetreten, weil derartige Nachrichten einen stimulierenden Einfluss auszuüben pflegen und es sich hier nicht bloss um eine Beilegung des Kampfes zwischen den beiden deutschen Gesellschaften handelt, sondern darüber hinaus der Abschluss einer Interessengemeinschaft beabsichtigt ist, die vielleicht noch eine sehr grosse wirtschaftliche Bedeutung erlangen kann. Dass die Kurse trotzdem keine grosse Steigerung erzielt haben, liegt jedoch wohl nicht allein an dem verhältnismässig geringen Umfang des Börsengeschäftes, sondern auch an der ungünstigen Lage des Schiffahrtmarktes. Die letzten Berichte vom Frachtenmarkt waren wiederum recht pessimistisch. Das Geschäft am nordamerikanischen Markt wurde als schleppend bezeichnet und vereinzelt eine Abschwächung der Raten gemeldet. Besonders ungünstig liegt der rückkehrende La Plata-Markt, an dem bekanntlich auch die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtgesellschaft wesentlich beteiligt ist. Am Dienstag wurde auch von einer weiteren Herabsetzung der Zwischendeckspreise nach Amerika berichtet; da dies unmöglich eine weitere Kampfmassnahme darstellen kann, so wird die Annahme berechtigt sein, dass die starke Vermehrung der Tonnage, die grösser ist als die Steigerung der Auswandererziffern diesen Schritt veranlasst hat. Wenn daher auch der Abschluss einer Interessengemeinschaft zwischen der Hapag und dem Lloyd für spätere Zeiten den Schiffahrtgesellschaften Vorteile verschaffen dürfte, so wird man doch vorläufig noch annehmen müssen, dass die grossen Schiffsbauten der letzten Jahre zunächst die Gewinne der Gesellschaften beeinflussen, namentlich derjenigen, die ihr Kapital zu diesem Zwecke vermehrt haben.

* * *

Die bisher veröffentlichten Abschlüsse für das Jahr 1913 haben keinen Anlass zu besonderen Ueberraschungen geboten. Es sind allerdings nur wenige Geschäftsberichte der Oeffentlichkeit übergeben worden. Bei verschiedenen Unternehmungen machte sich der Rückgang des Geschäftes namentlich im zweiten Semester des abgelaufenen Jahres bemerkbar; selten jedoch in so erheblichem Umfange, dass eine wesentliche Herabsetzung der Dividende notwendig war. Vielfach zeigt sich, dass die in den letzten Jahren geschaffenen Neubauten nicht vollständig ausgenutzt werden konnten, da es noch nicht möglich war, für die stärker gewachsene Produktion eine entsprechende Vermehrung des Absatzgebietes zu schaffen. Aus diesem Grunde ist z. B. der Rückgang des Gewinnes bei der Sächsischen Cartonnagen- und Maschinenindustrie A.-G. eingetreten. Die Bilanz zeigte eine Vermehrung der Warenbestände; dies liess darauf schliessen, dass auch diese Gesellschaft wie so viele andere Unternehmungen im letzten Jahre mehr als früher auf Lager arbeiten musste, um nicht durch Einschränkung des Betriebes die Fabrikationsunkosten noch mehr zu erhöhen. Einen recht guten Abschluss hat die Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik vorm. W. von Pittler A.-G. veröffentlicht. Wenn man sich erinnert, dass dieses Unternehmen um die Wende des Jahrhunderts saniert werden musste, so ist der Aufschwung, den es seitdem genommen hat, um so überraschender. Die Gesellschaft stellt Spezialartikel her, nämlich Revolverdrehbänke, die sich eines ausserordentlich guten Ansehens erfreuen. Der Ablauf der Patente im Jahre 1911 hat bisher keinen Rückgang des Gewinnes zur Folge gehabt. Es wäre natürlich verfehlt, in dieser Beziehung irgendein Prognostikon zu stellen, zumal bereits vor längerer Zeit bekannt wurde, dass die Ludwig Loewe & Co. A.-G. dem Unternehmen Konkurrenz bereiten will. Bis jetzt ist der zu diesem Zweck geplante Neubau von der Loewe-Gesellschaft allerdings, soweit bekannt geworden ist, noch nicht zur Ausführung gekommen. Pittler hat, obgleich auch hier der Rohgewinn eine kleine Ermässigung zu verzeichnen hat, sehr leicht wieder eine Dividende von 25 % zur Verteilung bringen können. Die Gesellschaft hat in den letzten acht Jahren bei einem Aktienkapital von gegenwärtig 2,1 Mill. ℳ für Neuanschaffungen 3.37 Mill. ℳ ausgegeben und hiervon etwa zwei Drittel aus dem Betriebe gedeckt und nur ein Drittel durch Kapitalserhöhungen. Diese Besserung der inneren Fundierung kommt der Gesellschaft natürlich zugute, wenn auch anscheinend der Gewinn im Vergleich zum Umsatze etwas geschmälert worden ist. **Bruno Buchwald.**

# Wie lege ich mein Kapital an?

Die starke Ueberzeichnung der neuen preussischen Anleihe war kein Scheinerfolg, der etwa von den Banken künstlich durch Erhöhung der von der Kundschaft gezeichneten Beträge herbeigeführt worden wäre, um den Stand des deutschen Geldmarktes in einem besonders günstigen Lichte erscheinen zu lassen. Am besten geht dies daraus hervor, dass sich die Banken nicht gegen die Erhöhung der ursprünglich auf 400 Millionen festgesetzten Emission um weitere 200 Millionen gewehrt haben, obwohl ihr Gewinn bei dieser Nachemission auf einen sehr kleinen Betrag vermindert worden ist. Der deutsche Geldmarkt ist durch die Entziehung von 600 Millionen, die allerdings erst zu einem sehr kleinen Teile durchgeführt worden ist, bisher nicht im geringsten beeinflusst worden und hat auch die Geldansprüche der Städte und anderer Körperschaften befriedigen können, ohne dass eine Versteifung der Zinssätze eingetreten wäre. Diese sind im Gegenteil noch weiter gesunken, und die Reichsbank hat sich durch ihre geringe Inanspruchnahme genötigt gesehen, mit ihrem Diskont weiter bis auf 4 % heruntérzugehen, nachdem ihr auch die Massnahmen der führenden ausländischen Notenbanken diesen Schritt nahegelegt hatten. Für den Börsenverkehr ist die erste Folge der glänzenden Unterbringung der preussischen Anleihe eine kräftige Belebung gewesen, die sich zuerst am Markte der heimischen Renten zeigte und hier zu verhältnismässig beträchtlichen Kurssteigerungen führte. Doch beschränkte sich die Aufwärtsbewegung nicht auf diese, sondern sie griff auch bald auf den Markt der industriellen Werte über, die gleichfalls einen grossen Teil ihrer letzten Kursrückgänge wieder einholen konnten. Dadurch ist das gesamte Aussehen der deutschen Börsen mit einem Male viel freundlicher geworden, als es noch vor einigen Monaten geschienen hatte. Die künftige Beanspruchung des deutschen und der internationalen Geldmärkte durch die grosse Ungarnanleihe, durch die Geldbedürfnisse des Balkans, die noch immer nicht befriedigt sind, macht der Börsenspekulation keine Sorge. Denn ein jeder Spekulant hofft bis dahin längst mit Gewinn aus seinen Engagements heraus zu sein. Das Publikum zieht gleichfalls bei seinen Börsengeschäften die Zukunft nicht mit in Rechnung, und die Banken schliesslich haben nur ein Interesse daran, die gute Laune der Börse bis zu den neuen Emissionen zu erhalten.

Ein Hauptgrund für den schnellen Umschwung in der Haltung der deutschen Börsen liegt in der Ueberzeugung, dass die schlechtesten Zeiten für die Industrie vorüber sind und sich allmählich bereits wieder eine Besserung anbahnen wird. Diese Ueberzeugung, die erst in den letzten Wochen an der Börse aufgetaucht ist, gründet sich zunächst auf die Beobachtung, dass seit Monaten die Preise der Eisenfabrikate, die als Gradmesser des Wirtschaftlebens gelten, sich nicht mehr unter den tiefsten Stand bewegt haben, den sie im Herbst eingenommen hatten. Trotz verschiedener Schwankungen ist sogar im allgemeinen eine nicht unwesentliche Besserung eingetreten, die hauptsächlich der Beendigung der Kriege auf dem Balkan zugeschrieben wird. Der Export der deutschen Industrien ist fast ohne Unterbrechung bis in die jüngste Zeit weiter gestiegen, so dass jetzt die Meldungen von einem Nachlassen der Nachfrage für den Weltmarkt, die vor einiger Zeit verbreitet waren, als übertrieben angesehen werden. Kurz und gut, in den Kreisen der Börsenspekulation und des an der Börse interessierten Publikums glaubt man, dass die Abschwächung der Konjunktur, die jetzt fast einundeinhalb Jahr dauert, ihren tiefsten Punkt erreicht hat und nicht von einem weiteren Rückgang, sondern nur von einer Aufwärtsbewegung abgelöst werden kann. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Gelderleichterung gelegt,, da diese nicht allein die industrielle Unternehmunglust wieder neu beleben wird, sondern nach der Meinung der Hoffnungvollen auch unbedingt ein Wiedererwachen der schon seit fünf Jahren daniederliegenden Bautätigkeit zur Folge haben muss. Durch die niedrigen Geldsätze wird, wie dies auch schon zu beobachten ist, die Nachfrage nach Hypotheken und den Pfandbriefen der Hypothekenbanken gesteigert, nachdem sie ein Jahr lang fast ganz vermisst worden war, und das Baugeschäft kann dadurch endlich die schon so lange ersehnte Belebung erfahren. Bis jetzt ist davon freilich noch nichts zu spüren. Aber gerade die Erkenntnis, dass der tiefste Punkt der Konjunktur bereits ohne Belebung des Baumarktes überwunden ist, lässt die Aussichten für das laufende Jahr noch hoffnungvoller erscheinen. In dem Banne des neuerwachenden Börsengeschäftes und der Aussichten auf eine neue wirtschaftliche Blütezeit haben sich die Börsenkreise bisher ziemlich taub gezeigt gegen die hin und wieder einlaufenden ungünstigeren Nachrichten, namentlich von Feierschichten im Bergbau und Dividendenenttäuschungen einiger Industrie-Gesellschaften. Doch auch bei der Beurteilung der Kohlenwerte steht den wenig befriedigenden Verhältnissen der Gegenwart die Aussicht gegenüber, dass schon im nächsten Jahre die Erneuerung des westfälischen Syndikats und die endgültige Einigung mit dem preussischen Staate dauernde Sicherheit für die Erträgnisse aller westdeutschen Kohlenzechen bringt. Die Lage der Braunkohlenwerke muss dagegen infolge der Kündigung verschiedener Syndikate immer noch als weniger gesichert gelten, wenn sich auch bisher im allgemeinen noch keine Enttäuschungen für die Aktionäre gezeigt haben. Dazu ist die Oeffentlichkeit erst jetzt wieder durch die Geschichte des rheinisch-westfälischen Zementsyndikats und durch die in Aussicht stehende Einigung in der Schiffahrt darüber belehrt worden, dass die Konkurrenz in den einzelnen Industriezweigen infolge der grösse-

ren gemeinsamen Interessen nicht mehr so scharfe Formen annehmen kann wie früher. Besonders die Einleitung von Verhandlungen zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd und die Ankündigung einer dauernden Gemeinschaft der Interessen beider Gesellschaften hat die Börse von einer grossen Sorge befreit, was nicht allein durch Kurssteigerungen auf dem Markte der Schiffahrtwerte zum Ausdruck gekommen ist.

Unter diesen veränderten Verhältnissen müssen auch die Grundsätze für eine Kapitalsanlage eine Abänderung erfahren. In den letzten Monaten, schon vor der durch den Balkankrieg hervorgerufenen Krisis, musste der Ankauf von Industriewerten mit wenigen Ausnahmen als nicht besonders aussichtreich erscheinen, zunächst, weil die Kurse infolge von Uebertreibungen der Börsenspekulation auf eine ungerechtfertigte Höhe gestiegen waren, und später, weil es sich nicht absehen liess, wie tiefe Wunden die Krisis gerade den einzelnen industriellen Gesellschaften schlagen würde. Tatsächlich haben auch die Kurse der Industriewerte in den letzten anderthalb Jahren teilweise ausserordentliche Rückgänge erfahren, und die Aktionäre einer ganzen Reihe industrieller Gesellschaften sind durch Gewinnausfall oder scharfe Herabsetzung der Dividenden schwer enttäuscht worden. Wenn ähnliche Vorgänge auch jetzt nicht ausgeschlossen sind und selbst in den Zeiten der besten Konjunktur einzelne Gesellschaften Verluste erleiden, so sind doch durch die Kursermässigungen die Preise für Industriewerte im allgemeinen in ein besseres Verhältnis zu ihrem Erträgnis gebracht worden. Der Kapitalist kann sich daher jetzt wieder mit besseren Aussichten auch für eine dauernde Kapitalsanlage den industriellen Werten zuwenden. Dabei bieten freilich gegenwärtig auch die meisten Rentenwerte noch eine recht hohe Verzinsung bei einer unvergleichlich grösseren Sicherheit des Ertrages. Nur einige ganz besonders vorteilhafte Chancen in dem Ankauf von Renten, wie der billige Erwerb guter Schaztscheine, sind infolge der Kurssteigerungen verschwunden. In den nachfolgenden Empfehlungen von Anlagepapieren sind daher diesmal anders als früher Renten- und Dividenden-Werte etwa in gleichem Umfange berücksichtigt worden.

## I.

### Anlage von 15000 ℳ in deutschen Renten zu 4,27 %.

5000 ℳ in 4 % neuen preussischen Schatzscheinen zu 97½ %,
5000 ℳ in 3 % Bremer Staatsanleihe zu 75,40 %,
5000 ℳ in 4 % Oldenburger Staatsanleihe zu 95,75 %.

Die neuen preussischen Schatzscheine, deren Zeichnung ein so glänzendes Resultat ergeben hat, sind an den deutschen Börsen bisher noch nicht eingeführt worden. Die erste Notierung der bisher nur teilweise bezahlten Stücke soll am Dienstag stattfinden, nachdem dieser Artikel schon abgeschlossen ist. Es kann daher als Ankaufspreis für die Schatzscheine nicht ein Börsenkurs eingesetzt werden, sondern nur der Preis, zu dem die Emissionsfirmen beabsichtigen, die Schatzscheine an die Börse zu bringen. Dieser Kurs ist, wie verlautet, mit 97½ %, also mit ½ % über dem Zeichnungpreis, in Aussicht genommen. Die Verzinsung des Papiers beläuft sich, wie vor einem Monat hier ausführlich dargestellt worden ist, unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Gewinnes am Kurs bei der Rückzahlung auf fast 4½ %. In dem allergünstigsten Falle, dass die erworbene Serie schon im nächsten Jahre ausgelost wird, kann die auf das Jahr berechnete Verzinsung sich bis auf etwa 6½ % erhöhen. Da die anderen Schatzscheine Preussens und die des Deutschen Reiches in den letzten Wochen dem Parikurs wieder ziemlich nahe gekommen sind und bei ihnen der Rückzahlunggewinn entsprechend abgenommen hat, so sind die neuen preussischen Schatzscheine gegenwärtig unter den mündelsicheren Werten das Papier mit der grössten Verzinsung, wenn in diese der sichere Rückzahlunggewinn eingerechnet wird. Es sei nur nochmals erwähnt, dass die ganze Emission in sechzehn gleich grosse Serien eingeteilt ist, von denen vom nächsten Jahre an alljährlich eine ausgelost wird, die dann mit 100 % zur Rückzahlung gelangt.

Während bei den Anleihen der grossen deutschen Bundesstaaten ebenso wie bei denen des Reiches die Kurssteigerungen in den letzten Wochen einen grösseren Umfang erreicht haben und zeitweise bis zu 5 % gegen die niedrigsten Notierungen betrugen, sind bisher die Anleihen der kleineren Bundesstaaten ziemlich vernachlässigt worden und haben nur geringere Kurserhöhungen erzielt. Bei ihnen ist also auch gegenwärtig die Verzinsung höher als bei den Anleihen des Deutschen Reiches oder Preussens, während in der Sicherheit zwischen ihnen kein Unterschied gemacht werden kann. In einzelnen kleinen Bundesstaaten stehen den Staatsschulden sogar noch verhältnismässig grössere Vermögenswerte gegenüber als in den grossen Staaten. Von diesem Standpunkte aus ist augenblicklich besonders der Ankauf von Bremischen Anleihen empfehlenswert. Der Kurs der 3 % Bremer Anleihe hat bisher den Stand von 75 % nur wenig überschritten, so dass die Verzinsung noch tatsächlich 4 % beträgt, während sie bei den preussischen Konsols schon wieder darunter gesunken ist. Die 3 % Bremer Anleihen stammen aus den Jahren 1896 und 1902. Sie betrugen 48 Mill. ℳ und 33 Mill. ℳ, haben also nur einen verhältnismässig geringen Umlauf, so dass die Anlage grösserer Kapitalien in diesem Papier nicht zu empfehlen ist, weil die schnelle Verwertung grosser Beträge, namentlich in unruhigen Zeiten, nur mit Kursverlusten zu erreichen sein wird.

Auch von den Oldenburger Anleihen gilt dies. In die Zusammenstellung dieser Kapitalsanlage ist nun nicht die 3 % Oldenburger Anleihe aufgenommen worden, sondern die vierprozentige Anleihe, weil deren Verzinsung zum gegenwärtigen Kurs noch mehr als 4 % beträgt, und da sie höher ist als bei den dreiprozentigen Werten. Das gilt zwar auch von den Bremischen Anleihen; doch erscheint es wünschenswert, bei einer Kapitalsanlage Anleihen von verschiedenem Typ aufzunehmen. Denn trotz der augenblicklich etwas geringeren Verzinsung der dreiprozentigen Werte gegenüber den vierprozentigen ist ihr Ankauf nicht etwa weniger zu empfehlen. Denn der niedrigen Verzinsung steht die Aussicht auf einen höheren Kursgewinn in einer Zeit sehr niedrigen Geldstandes gegenüber. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Anleihen nur wenig über den Paristand sich erhöhen. Bis dahin bleibt augenblicklich für die dreiprozentigen Werte ein fast fünfmal grösserer Kursgewinn als für die vierprozentigen Anleihen. Wenn die Zeiten auch weit zurückliegen, wo die dreiprozentigen Anleihen pari standen, so hat es doch tatsächlich solche Zeiten gegeben. Der Oldenburgische Staat ist erst in der letzten Zeit zur Ausgabe vierprozentiger Anleihen geschritten und hat im Jahre 1909 eine Emission von 16 Mill. ℳ, im Jahre 1912 eine solche von 10 Mill. ℳ veranstaltet. Beide Anleihen stellen also nur recht kleine Beträge dar.

## II.

### Anlage von 20000 ℳ in deutschen und fremden Renten zu 4,61 %.

5000 ℳ in 4 % neuen preussischen Schauzscheinen zu 97½ %,
5000 ℳ in 4 % Heidelberger Stadt-Anleihe zu 95 %,
5000 ℳ in 5 % Obligationen der Steaua Romana zu 100,60 %,
5000 ℳ in 4 % Obligationen der Nagykikinda-Eisenbahn zu 83,50 %.

Die preussischen Schatzscheine stellen auch in dieser Kapitalsanlage denjenigen Teil dar, der unter allen Umständen im Notfalle schnell ohne grossen Verlust zu Geld gemacht werden kann.

Von den Anleihen der Stadt Heidelberg sind die Emissionen der Jahre 1907 und 1912 mit dem Zinsfuss von 4% ausgestattet. Die erste Emission hatte einen Umfang von 3½ Mill. ℳ, die zweite von 5 Mill. ℳ. Von den beiden Anleihen ist bei einem Ankauf die ältere vorzuziehen, da sie nur durch Verlosung getilgt werden kann, und die Verlosung bereits im vorigen Jahre begonnen hat. Im glücklichen Falle kann also der Verlosungsgewinn von 5 % schon bald erzielt werden, während bei der späteren Emission die Stadt so lange die Tilgung durch Ankauf an der Börse vornehmen wird, als das Papier den Kurs von 100 % nicht erreicht hat. Allerdings muss die Emission von 1912 sehr schnell, nämlich mit jährlich 1¼ % in 35 Jahren getilgt werden. Sie wird nur an der Börse zu Frankfurt, aber nicht in Berlin notiert.

Das grösste Petroleumunternehmen mit deutschem Kapital, die Steaua Romana, hat in den letzten Jahren ihren Kapitalsbedarf in erster Linie durch die Ausgabe von Aktien gedeckt, und zwar in ziemlich grossem Umfange, so dass sie jetzt über 100 Mill. Lei Kapital verfügt. Dagegen ist der Kapitalmarkt von diesem Unternehmen verhältnismässig wenig durch Ausgabe von Obligationen in Anspruch genommen worden. Eine Emission in Höhe von 9 Mill. ℳ erfolgte im Jahre 1905, eine andere von 4 Mill. ℳ und eine dritte von 3¼ Mill. ℳ im Jahre 1906. Alle drei Anleihen sind mit 5 % verzinslich und werden mit 105 % zurückgezahlt, und zwar nach Auslosung. Die Tilgung aller drei Anleihen muss bis zum Jahre 1934 beendet sein. Diese verhältnismässig grosse Aussicht auf Auslosung spielt gegenwärtig beim Ankauf nur eine untergeordnete Rolle, da der Kursstand einen grösseren Verlosungsgewinn ausschliesst. Eine besondere hypothekarische Sicherheit geniessen die Anleihen nicht. Doch ist die Gesellschaft bis zur Rückzahlung dieser Anleihen nicht berechtigt, Obligationen über den Betrag von zwei Drittel des eingezahlten Kapitals auszugeben. Sie darf auch keine Schuldverschreibungen mit einer besseren Sicherheit ausgeben, als den genannten Obligationen eingeräumt worden ist. Bei der starken Ausdehnung der Gesellschaft, die zu einer beträchtlichen Vermehrung des Vermögens geführt hat, so dass allein die Immobilien in der Bilanz den Betrag von 50 Mill. Lei überschreiten, muss die Fundierung der Obligationen als sehr gut angesehen werden, was ja auch im Kursstande zum Ausdruck kommt. Bemerkt sei allerdings noch, dass die Gesellschaft keine Verpflichtung übernommen hat, ihren Grundbesitz nicht hypothekarisch zu belasetn, eine Tatsache, die unter Umständen für die Gläubiger einmal eine Rolle spielen kann. Die Entwicklung der Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren in stets aufsteigender Richtung bewegt.

Die 4 proz. Obligationen der Nagykikinda-Arader Eisenbahn-Gesellschaft sind im Jahre 1910 an der berliner Börse eingeführt worden, und zwar durch die Berliner Handelsgesellschaft und die Nationalbank für Deutschland. Ihr Kurs richtet sich im allgemeinen nach den Schwankungen der ungarischen Staatsrente, zumal die Obligationen, deren Gesamtbetrag sich auf etwa 9¼ Mill. Kr. beläuft, mit einer unbedingten Garantie des ungarischen Staates für Zinsen und Tilgung versehen sind. Gegenüber den Staatsanleihen haben die Eisenbahn-Obligationen den Nachteil, dass der Umlauf nur klein ist und in ungünstigen Zeiten keine grossen Interessenten für eine Stützung des Kurses und für die Aufnahme von angebotenem Material an der Börse vorhanden sind. Das Papier ist also unter Umständen recht schwer verkäuflich. Diesem Nach-

teil steht aber der Vorzug einer besseren Tilgung gegenüber. Seit dem Jahre 1910 wird das Papier jährlich durch Verlosung getilgt, und zwar im Juli. Die Amortisation muss im Jahre 1960 beendet sein. Bei dem augenblicklichen Kursstande ergibt sich bei der Auslosung ein besonders hoher Gewinn von ca. 16½ %. Verteilt man diesen auf die noch fälligen Verlosungsjahre, so erhöht sich die Verzinsung um etwa ½ %, die jedoch nicht als Rente angesehen werden dürfen, da ihre Realisierung zu weit hinausgeschoben erscheint. Das Aktienkapital der Gesellschaft beläuft sich auf ca. 12 Mill. Kr. Würden die Obligationen nicht mit der Garantie des ungarischen Staates ausgestattet sein, so würde von ihrem Ankauf abgeraten werden müssen, da die Gesellschaft den Verpflichtungen der Publizität nicht nachkommt. Die Länge der von der Gesellschaft betriebenen Bahnstrecken belief sich bei der Eröffnung im Jahre 1910 auf 123 Kilometer. Das Papier eignet sich nur für eine kleine Kapitalsanlage auf sehr lange Zeit.

## III.

### Anlage von 30 000 ℳ in Renten und Aktien zu etwa 7%.

10 000 ℳ in 4 % neuen preussischen Schatzscheinen zu 97½ %,
10 000 ℳ in Aktien der Hamburg Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 177,80 %,
10 000 ℳ in Aktien der Bergbau-Gesellschaft Phoenix zu 243,70 %.

Auch wer bei der Anlage seines Kapitals das Risiko der schwankenden Verzinsung, wie es der Ankauf von Aktien mit sich bringt, in Kauf nehmen will, muss doch bei der Anlage eines ganzen Vermögens die Aktien mit Renten mischen, um wenigstens aus einem Teile des Kapitals ein sicheres Erträgnis zu haben. Da auch die leichte Verkäuflichkeit eines Teiles der Papiere in Betracht gezogen werden muss, so eignen sich die Schatzscheine der grossen europäischen Staaten für diesen Zweck am besten, und von diesen wieder sind die deutschen und preussischen Schatzscheine für den Inländer am geeignetsten, weil sie auch jederzeit bei der Reichsbank ohne Schwierigkeit lombardiert werden können.

Durch die Einigung, die wahrscheinlich in der nächsten Zeit zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd über eine Interessengemeinschaft zustande kommen wird, erscheinen auch die Aussichten der anderen Schiffahrtsgesellschaften wieder in einem besseren Lichte als noch vor kurzer Zeit. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft steht bereits in einer Interessengemeinschaft mit der Hamburg-Amerika-Linie und betreibt mit dieser gemeinsam den Dienst nach der Westküste von Südamerika. Die Dividende der Südamerika-Linie ist nach einem stärkeren Rückgang im Jahre 1908 von 9 % auf 4 % in den folgenden Jahren wieder bis auf 14 % gestiegen, und die Gesellschaft hat auch für das Geschäftsjahr 1913 wieder eine Dividende von 14 % in Aussicht gestellt, obwohl die Lage des südamerikanischen Frachtenmarktes nicht besonders günstig gewesen ist. Sollten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Brasilien und Argentinien, die schon im letzten Jahre ungünstig waren, zu einer Krisis verschlimmern, so würde auch die Südamerika-Linie davon in Mitleidenschaft gezogen werden. In erster Linie hängt die künftige Entwicklung von dem Ausfall der argentinischen Ernte ab, während die niedrigen Preise für Kaffee und Kautschuk in Brasilien den Frachtenmarkt nicht ohne weiteres beeinflussen. Der Gefahr einer Schmälerung des Erträgnisses bei der Südamerika-Linie trägt auch bereits der niedrige Kursstand der Aktien Rechnung, so dass die obige hohe Ziffer der Rentabilität vielleicht nur vorübergehend ist. Das Aktienkapital der Südamerika-Linie beträgt 25 Mill. ℳ, es ist erst vor reichlich einem Jahre um 10 Mill. ℳ erhöht worden. Diese Kapitalserhöhung dürfte gleichfalls mit ein Grund für den gedrückten Kurs sein. Die Beurteilung der Bilanz und der in ihr etwa versteckten Reserven ist infolge der ungenügenden Klarheit der Bilanzpositionen und des schwankenden Wertes der Schiffe sehr schwierig.

Die Aktien der Bergbau-Gesellschaft Phoenix sind das Hauptspielpapier unter den Montanwerten der deutschen Börsen. Der Kurs ist daher sehr oft Schwankungen ausgesetzt und meist solchen, die nicht in den inneren Verhältnissen der Gesellschaft begründet sind. Trotzdem kann das Papier bei dem augenblicklichen Kursstand und der gegenwärtigen Lage der Industrie als empfehlenswert für einen Ankauf gelten. Die letzte Dividende betrug wieder 18 %. Ein bedeutender Mehrgewinn ist von der Gesellschaft zur Verstärkung des finanziellen Status benutzt worden. Allein der verfügbare Vortrag auf neue Rechnung ist auf etwa 8½ Mill. ℳ erhöht worden. Das Aktienkapital beträgt 106 Mill. ℳ. Im laufenden Jahre haben die Betriebsgewinne der Gesellschaft gegenüber dem Vorjahre zwar nachgelassen; doch dürfte die Gesellschaft trotzdem in der Lage sein, mit Benutzung des Vortrages wieder 18 % Dividende zu verteilen. Wenn der Vortrag unberührt bleibt, wird allerdings mit einer Ermässigung der Dividende um einige Prozent zu rechnen sein, falls die Gesellschaft an der bisherigen Bemessung der Abschreibungen festhält.

# Umschau.

**Deutsche Expansionsarbeit.** Myson schreibt: „Das grosse Teilungsgeschäft, das über Kleinasien, Syrien und Mesopotamien entscheidet, das die wirtschaftlichen Expansionsgebiete der führenden Kulturnationen Europas dort bestimmen soll, steht unmittelbar vor seinem Abschluss. Wir werden nun bald erfahren, ob alle die grossen Erwartungen, die man bei uns an dieses knüpfte, sich erfüllt haben, oder ob wir wesentliche Abstriche an ihnen zu machen haben. Ich habe vor mehr als einem halben Jahre im „Plutus" den damaligen Stand der Verhandlungen genau geschildert und betont, wie für uns am meisten davon abhängt, dass die französischen Anschlusslinien von der „Schwarzen Meerbahn" nur bis Chaput gehen dürfen und nicht in die Bergwerksgegend hineinkommen; desgleichen, wie es von grösster Wichtigkeit für uns ist, dass kein anderer Staat Anschlussbahnen aus Syrien nach der Bagdadbahn bauen darf. Soviel ich weiss, huldigte man in der Wilhelmstrasse 76 damals genau der gleichen Anschauung. Sollte man sie geändert haben, sollte man in bezug auf diese beiden Punkte Konzessionen gemacht haben, so würde man nur mit grosser Enttäuschung das Resultat der Arbeit der deutschen Diplomatie betrachten können! Also triumphieren wir nicht zu früh über den glücklichen Ausgang, (zur Freude ist später noch immer Zeit genug), sondern warten wir erst die authentische Publikation der verschiedenen Verträge ab und hoffen wir, dass sie sich ganz wesentlich von der Vorpublikation des „Matin" unterscheiden wird! Doch wie nun auch unsere Expansionsgebiete beschaffen sein mögen, es fragt sich für uns, ob wir, die wir ja nach ihnen hinstrebten, tatsächlich schon alle wirtschaftlichen Vorbereitungen und Vorkehrungen getroffen haben, um sie wirklich zu Expansionsgebieten für unsere Industrie und unseren Exporthandel auszugestalten. Noch sehr grosse und zukunftreiche Gebiete wollen systematisch hierfür erschlossen werden, und dies zu tun, ist eine lange und schwierige Arbeit. Haben wir diese nun in vollem Umfang bisher geleistet? Es will mir scheinen, als ob man dies nicht so ohne weiteres zugeben kann, als ob in dieser Beziehung so manches vernachlässigt worden ist. Es stand der Türkei zu und steht ihr ja noch zu, Konzessionen für alle möglichen Zwecke in ihrem Gebiet an fremde Unternehmer zu verleihen. Nun lesen wir, dass gerade in den Gegenden, die für uns wirtschaftlich reserviert werden, an Gesellschaften aus anderen europäischen Staaten, an Engländer, Belgier und Franzosen, derartig Konzessionen vergeben sind, und zwar zum Teil sehr aussichtreiche. Hier scheint mir ein Fehler unserer Industrie und unserer Bankwelt vorzuliegen; sobald man erkannte, welche Ziele unsere auswärtige Wirtschaftpolitik in jenen Gegenden sich gestellt hatte, mussten Industrie, Banken und Handel alles daran setzen, sich im voraus häuslich in ihnen niederzulassen und womöglich jede fremde Konkurrenz auszuschalten. Das scheint nicht in genügendem Masse geschehen zu sein. Ich sprach hierüber mit einem der besten (relativ besten) Diplomaten, die wir besitzen, und er sagte mit einem Stossseufzer: „Ja, wenn Sie wüssten, welche Kämpfe es uns kostet, unsere Leute zu veranlassen, sich draussen finanziell zu beteiligen. Engländer, Franzosen, selbst auch Italiener sind viel unternehmunglustiger als die unserigen. Unser Kapital will zu bald Dividenden erzielen und macht nicht gerne langfristige Geschäfte, die sich anfänglich nicht verzinsen. So kommt es denn, dass gar manches, das wir hätten mit Beschlag belegen sollen, von anderer Seite mit Beschlag belegt ist." Das mag stimmen, und deshalb sollte unsere Bankwelt und unsere Industrie eine etwas kühnere Expansionswirtschaftpolitik treiben; zu grosse Vorsicht ist keine kaufmännische Tugend. Aber es kommt vielleicht auch etwas anderes noch hinzu: ist unsere konsularische Vertretung immer eine solche, dass sie unserer Industrie und unserem Handel die Vorpostendienste leistet, die notwendig für eine Expansionspolitik sind, und steht sie ihnen immer mit derselben Energie, wie z. B. die englische ihren Leuten, bei? Es soll dies nicht immer der Fall sein, und deshalb muss man die Regierung dringend ersuchen, auch ihrerseits nun endlich eine radikale Aenderung in der bisherigen Methode eintreten zu lassen."

**n. Putilow-Bluff.** Man schreibt mir: „Es wäre schade, wenn die Affäre der Putilow-Werke nach der kurzfristigen Empörung, die durch die pariser Blätter wegen des angeblichen Uebergriffs der Firma Krupp auf die Putilow-Gesellschaft ging, vergessen und begraben sein sollte. Dazu ist die Sache viel zu interessant, besonders wenn man sie der politischen Verbrämung entkleidet, unter der sie nur allzulange versteckt war: gewiss nicht ohne Absicht. Die ganze Geschichte war — und das sprechen selbst russische Zeitungen (!) jetzt offen aus — gar nichts anderes als ein grossangelegter Bluff, um Geld in die Hand zu bekommen, ein Bluff, bei welchem die petersburger Drahtzieher ganz nach Belieben die essener Firma Friedr. Krupp Aktiengesellschaft, die englische Grossindustrie, die pariser haute finance wie Puppen spielen liessen. Ueberlegt man sich heute, wie der ganze Rummel, von dem die französische Presse tagelang erfüllt wurde und der zu einer neuen Hetze gegen Deutschland ausartete, begonnen hat, so erinnert man sich zunächst, dass von irgendeiner nicht bekannten Seite her plötzlich in Frankreich das Gerücht verbreitet wurde, die Krupp-Gesellschaft beabsichtige mit Hilfe der Deutschen Bank die Putilow-Werke, diese wesentlichste Armeelieferantin Russlands, „aufzukaufen". In Frankreich war man zunächst wie vor den Kopf geschlagen. In demselben Augenblick, in dem man in Frankreich mit Russland ein viele hunderte Millionen umfassendes Eisenbahnanleihegeschäft machte, mit dem Russland speziell die von Frankreich so sehr erwünschte beschleunigte Mobilisierung durch den Bau von Sekundärbahnen zur deutschen Grenze durchführen sollte, in demselben Augenblick verkauft Russland die französischen Waffengeheimnisse, die in den russischen Fabriken verwendet werden, an den Erbfeind! Dass auch das englische Haus Vickers bei dem Geschäft eine Rolle spielen sollte, kam für die Franzosen gar nicht mehr in Betracht, der Name Krupp war, wie immer, das rote Tuch, das für die Franzosen genügte, um in einer Exaltation der politischen Enttäuschung das ganze Bündnis mit Russland als zwecklos und gefährdet erscheinen zu lassen. Es hat sehr viel Aufregung in Paris in diesen Tagen gegeben und selbst in den französischen Ministerien wusste man

nicht Bescheid, musste man mit Bedauern einiges zugeben, wenn man auch manch Uebertriebenes dementieren konnte. Krupp aber, das stand auch für die französische Regierung fest, hatte seine Hand im Spiel, im Herzen des franko-russischen Bündnisses. In Petersburg zeigte man sich über die französische Entrüstung einigermassen empfindlich; man tat so, als ob man die Franzosen nicht verstehe und antwortete der französischen Presse recht vernehmlich mit spitzen Redensarten. Die Franzosen verlangen, so hiess es, von uns Russen unbedingte Bündnistreue, verlangen Bereitschaft bis zum letzten Knopf für ihren Revanchekrieg, aber fordern ein Monopol für die Arbeit ausländischen Kapitals in Russland, für alle Lieferungen, Bauten usw. Aber ausser schönen Redensarten bekommen wir nichts von der Seine. Die Russen sollen den Ländern, die mit Frankreich in Differenzen sind, Beschäftigung und Arbeit in Russland versagen, sollen auf dieses ausländische Kapital, das wohl zu haben wäre, verzichten, ohne dass man aber in Frankreich immer zum Ersatz, zum Einspringen bereit wäre und nun seinerseits den Beutel für die russischen Bedürfnisse öffnete. Diesen Wink hat man in Paris verstanden. Er war auch deutlich genug. Der Erfolg zeigte sich schnell. In Frankreich wurden plötzlich, ganz überraschend plötzlich, die Putilowwerke in grösstem Massstabe und mit offner Hand finanziert. Um dem Erbfeinde Krupp das Objekt aus der Hand zu reissen, konnte die französische haute finance plötzlich gar nicht genug Geld anbieten. Noch nicht 14 Tage, nachdem die Affäre Putilow aufgeflammt war, hatten sich französische Finanziers bereiterklärt, die Hälfte des 34 Millionen Rubel umfassenden Kapitalbedarfs der Gesellschaft zu übernehmen und den Aktien wie Obligationen dieser Gesellschaft den pariser Markt zu erschliessen. Das Kapital der Putilowwerke betrug bisher 25 Millionen Rubel, daneben bestanden noch einige Millionen Obligationen. Jetzt sollen weitere 13 Millionen Rubel Aktien und 15 Millionen Rubel Obligationen ausgegeben werden, ganz abgesehen von weiteren 6 Millionen Rubel, die noch besonders für Fusionszwecke zu beschaffen sind. Das war der Zweck der Uebung. Es war nämlich wohl nicht ganz leicht, für die Putilowwerke so viel Kapital, wie man es in Russland für erforderlich hielt, um die Putilowwerke technisch den Anforderungen der russischen Rüstungspläne gewachsen zu machen, zu beschaffen, und es mochten wohl ältere Fühlungnahmen mit französischen Finanziers zunächst nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben. Denn die Putilowwerke haben immerhin nur eine Rentabilität aufzuweisen, die kaum, besonders nicht für französische Finanzleute, verlockend erscheinen mag. Für 1908 hatten die Putilowwerke überhaupt nichts verteilen können, für 1909 schäbige 2%, für 1910 4¼%, für 1911 und 1912 jeweils 6%, womit auch kein Staat zu machen war. Dass im September 1913 die Verwaltung der Putilowwerke plötzlich mit einer Dividendentaxe von etwa 8½% hervortrat, war wohl weniger einem Informationsbedürfnis gegenüber den Aktionären und der Oeffentlichkeit zuzuschreiben, als eine Folgeerscheinung des Wunsches, das dringend nötige neue Kapital etwas williger zu machen. Trotzdem wurde dieses Kapital nicht, wenigstens zunächst nicht, flüssig gemacht, und so kam man denn offenbar in Petersburg auf die Idee dem zögernden französischen Kapitalmarkt gewaltsam etwas nachzuhelfen. Man verhandelte — die Kanoneninteressenten pflegen sich leicht zu finden — zunächst einmal mit Frankreich, aber, um zwei Feuer im Eisen zu haben, etwa gleichzeitig auch mit Krupp in Essen. Ob man nun in Essen nicht ganz vorsichtig war und den Petersburger Trick nicht gleich richtig erkannte, jedenfalls scheint man sich, obwohl man sich doch eigentlich selbst hätte sagen müssen, dass Krupp bei den Putilowwerken sofort die schärfste französische Gegnerschaft hervorrufen musste, in Essen auf Verhandlungen eingelassen zu haben. Diese verschleppten sich aber, vielleicht wegen der nicht eben verlockenden Rentabilität und der Verfassung der Putilowwerke. Gleichzeitig aber unterhandelte Putilow in Frankreich und spielte nun den einen der beiden Geldgeber-Aspiranten immer wieder gegen den anderen aus. Das ist den Russen glänzend gelungen. Die „Petersburger Zeitung“ schreibt heute selbst, dass die an Putilow interessierten russischen Banken ungeahnt gute Bedingungen in Frankreich für ihre neue Emission hätten erlangen können. Damit mag man sich in Deutschland abfinden, wenn man auch lieber gesehenh ätte, dass man in Essen etwas scharfsichtiger gewesen und auf den geschickten russischen Bluff nicht hereingefallen wäre. Denn es ist doch nicht angenehm, letzten Endes als der Dumme dazustehen, der sich zu einer Schiebung hat benutzen lassen. Leider aber hat es mit diesen Festellungen nicht sein Bewenden. Die ganze Geschichte hat nämlich noch viel unangenehmere Konsequenzen. Sofort als man in Paris die angeblichen Kruppschen Pläne auf die Putilowwerke lanciert hatte, kochte die französische Volksseele und fasste ihre Anklagen zusammenen in dem vermeintlichen bevorstehenden Verrat französischer Waffen-, insbesonderer Kanonengeheimnisse an die Firma Krupp. Dabei kam eine Angelegenheit ins Rollen, die für Deutschland gewiss nicht angenehm ist. Die französischen Blätter wussten nämlich sehr bald festzustellen, dass schon heute in den russischen Militär- und Marinewerkstätten, u. a. auch bei Putilow, eine grosse Anzahl deutscher Techniker, Ingenieure, Arbeiter usw. beschättigt sei, so dass man ohne weiteres annehmen könne, die angeblichen französichen Spezialgeheimnisse der Waffenindustrie seien heute schon dem deutschen Generalstab ganz genau bekannt. Es lag nahe, dass die Franzosen daraus die Forderung zogen, der treue Verbündete an der Newa solle wenigstens in der Folge dafür sorgen, dass dem Erbfeinde kein Einblick in die französische Waffentechnik gewährt werde, d. h. auf deutsch: sämtliche deutschen Angestellten der russischen Waffenindustrie usw. sollen an die Luft gesetzt werden. Leider Gottes scheinen die Franzosen diese Forderung durchsetzen zu können. Wenigstens spricht man es in russischen Blättern aus, man erzählt in gut eingeweihten Kreisen, dass alle die zahlreichen deutschen Angestellten der Putilowwerke, sobald sich die Möglichkeit dazu biete, durch Franzosen ersetzt werden sollen. Und das russische Ministerium erklärte bei der Interpellation der russischen Nationalisten, betreffend die Angelegenheit der Putilowwerke, dass in drei oder vier Jahren, wenn Russland einen Stamm von einheimischen Ingenieuren und Technikern besitze, die Regierung verlangen werde, dass kein Ausländer in privaten Fabriken beschäftigt werde, welche Bestellungen für die russische Marine ausführen. Der

russische Minister glaubte im übrigen, dass die Verwendung ausländischer Beamten für den Staat ungefährlich sei, er bezeichnet sie aber ausdrücklich für unerwünscht. Die russische Regierung hat sich also im wesentlichen den Forderungen der französischen Angstmeier und Ultrapatrioten angepasst. Unter diesen Umständen kann man es nur noch mehr bedauern, dass man in Deutschland auch nur einen Finger für die Putilowwerke gerührt hat. Jedenfalls aber wird man sich das Verhalten der russischen Regierung in dieser Frage doch wohl merken müssen, wenn in irgendeinem Zeitpunkt wieder einmal russische Kapitalwünsche, sei es auch nur für Eisenbahnzwecke, an den deutschen Markt herantreten. Der Putilow-Bluff schliesst somit für Deutschland und seine Interessen mit einer höchst unerwünschten Konsequenz."

**Kriegsproviant.** Herr Erich Ewer-Berlin schreibt mir: „Den Franzosen bereitet es anhaltendes Kopfzerbrechen, wie sich im Falle eines Krieges, „des Krieges mit Deutschland, der ja über kurz oder lang doch kommen muss", die Verhältnisse gestalten werden. Man muss unseren westlichen Nachbarn das Zeugnis ausst llen, dass sie aus den im Jahre 1870 gemachten Fehl [illegible] eine gute Lehre gezogen haben und sich bemühen, mit einer dem französischen Wesen durchaus widersprechenden Gründlichkeit jede Einzelheit im voraus zu regeln. Besondere Sorge macht ihnen die Verproviantierung nicht nur der Armee, sondern auch der Zivilbevölkerung, da durch die Inanspruchnahme der Transportmittel für die Mobilmachung für längere Zeit die Zufuhr von Lebensmitteln nach den grossen Städten, speziell nach Paris, unterbunden würde. In Paris hat es sich in der Tat besonders unangenehm fühlbar gemacht, dass seit einer Reihe von Jahren die Getreideproduktion des Inlandes nicht mehr dazu ausgereicht hat, den Bedarf zu decken. Der Konsum sieht sich daher zu Importen vom Weltmarkte genötigt. Dies verhindert die Ansammlung von Getreide- oder Mehlvorräten in Paris, die die Bevölkerung in kritischen Zeiten vor Hunger schützen können. So hat man berechnet, dass die gewöhnlich vorhandenen Mengen noch keine drei Tage für die Bedürfnisse von Paris ausreichen würden, und hat sich deshalb entschlossen, einen eisernen Fonds von 100 000 Sack Mehl zu schaffen. Indessen ist dieser Entschluss noch nicht in die Praxis übertragen worden, weil die Ansichten darüber geteilt sind, wer die auf $^1/_2$ Mill. Frcs. pro Jahr geschätzten Kosten der Unterhaltung dieses Vorrates tragen soll. Die Regierung glaubt, einen Teil der Stadt Paris aufbürden zu können, während diese wohl ein einmaliges, aber kein dauerndes Opfer bringen will und im übrigen es ablehnt, sich in eine Angelegenheit zu mischen, die als zur Landesverteidigung gehörig ins Ressort des Kriegministeriums gehört. Trotzdem kann man bei der starken Strömung in der öffentlichen Meinung für diese Ange egenheit wohl ihr Zustandekommen als sicher annehmen. Aber nicht nur für die eigene Verpflegung im Kriegsfalle interessieren sich die Franzosen, sondern sie beschäftigen sich nicht minder eifrig mit der Lage des „Gegners" Deutschland. Wiederholt haben französische Blätter darauf hingewiesen, dass zufolge der starken Getreideausfuhr zu Beginn der Ernte die Bestände in Deutschland geschwächt wären und wir daher gegen Ende des Erntejahres in Verlegenheit kommen könnten, wenn uns England auf der einen, Russland auf der anderen Seite die Einfuhr von Brotgetreide und sonstigen Lebensmitteln sperren würden. Die Franzosen übersehen aber dabei, dass jedes Land am Ende des Erntejahres ausserstande sein würde, derartige Sonderansprüche, wie sie ein Krieg an die Leistungfähigkeit der Produktion stellt, ohne fremde Beihilfe zu befriedigen und ferner, dass ausser über Russland und dem Seewege noch über Oesterreich, die Schweiz, Belgien, Holland und Dänemark ausländisches Getreide sei[illegible]n Weg zu uns finden würde. — Um uns aber aus der Verlegenheit zu helfen, haben uns die Franzosen auch gleich ein Mittel gegen die drohende Hungersnot angegeben. Sie behaupten nämlich, dass der Generalstab daran denke, einen Vorrat von 2 Millionen Tonnen Weizen aufzuspei[illegible]ern, um neben dem Kriegsschatz in Gold auch einen [illegible]en in Naturalien zu besitzen. Sie glauben auch, das[illegible] Annahme eines diesbezüglichen Gesetzesvorschlages [illegible]er bekannten Opferwilligkeit des deutschen Volkes [illegible] sonderlich schwierige wäre. — Ganz abgesehen da[illegible] dass man in Deutschland gar nicht daran denkt, eine der artige Weizenreserve zu schaffen, würden die Kosten für solch enormes Quantum Getreide sich auf mehrere Hunderte von Millionen belaufen, deren Aufbringung die Regierung nach dem Wehrbeitrag selbst dem „opferwilligen deutschen Volke" nicht ohne weiteres zumuten könnte. — "

# Gedanken über den Geldmarkt.

Der erste Einzahlungtermin für die Subskribenten der neuen Anleihe hat am berliner Markte keine Versteifung, sondern entschieden stärkere Flüssigkeit gebracht. Diese Erscheinung kann keineswegs überraschen, wenn man berücksichtigt, dass die Banken die auf sie entfallenden Konsortialanteile zum grössten Teil schon am 31. Januar und an den folgenden Tagen eingezahlt und daher jetzt von zwei Seiten Eingänge hatten. Erstens brachte die Seehandlung die erhaltenen Quoten an die Konsortialen wieder zur Ausschüttung, dann aber flossen den Banken von den Subskribenten noch grosse Summen zu, wenn auch freilich ein Teil der vom Publikum anzuschaffenden Beträge den schon bei den Banken bestehenden Guthaben entnommen wurde. Die freien Mit el des Marktes wuchsen auch dadurch an, dass die Seehandlung mit ihren Geldofferten kulanter wurde und schliesslich, als diese Angebote keine genügende Aufnahme fanden, wieder in grösserem Umfange zu Diskontkäufen schritt. Auf diese Weise wurde der Privatsatz wieder unter das Niveau von 3 % herabgedrückt.

Die Mittel der Seehandlung dürften aber nichtsdestoweniger recht reichlich bleiben, zumal die Banken in der Lage sind, ihr auf Grund der nachträglich übernommenen 150 Millionen preussischer Schatzanweisungen vom 17. dieses Monats ab neue Einzahlungen zu machen. Jedenfalls ergibt s ch aus dem ganzen Marktbild, dass die bisherigen bedeutenden Emissionen noch nicht vermocht haben, der starken Abundanz Abbruch zu tun, und es ist auch nicht anzunehmen, dass die demnächst erfolgende

# Plutus-Merktafel.

## Man notiere auf seinem Kalender vor:

| | |
|---|---|
| **Freitag,** 20. Februar $5^1/_4$—$5^3/_8$% | Düsseldorfer Börse. — Prämienerklärung Brüssel. — Ironmonger - Bericht. — Bilanzsitzung des Schaaffhausen'schen Bankvereins. — *G.-V.:* Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Peter, Hubertus Braunkohlen Akt.-Ges., Roland-Linie Bremen, Allgemeine Häuserbau-Akt.-Ges., Mechanische Weberei Fichtelbach, Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen F. Zimmermann & Co., Hammersen Akt.-Ges. Osnabrück, Altonaer Hochseefischerei Akt.-Ges. — Schluss der Einreichungfrist Aktien Consolidiertes Braunkohlenwerk Marie. |
| **…abend,** … Februar …/$_4$—$5^3/_8$% | Bankausweis New York. — Bilanzsitzung der Mitteldeutschen Creditbank. — *G.-V.:* Warschau - Wiener Eisenbahn, Preussische Pfandbrief-Bank, Hildesheimer Bank, Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank, Sächsische Bodencreditanstalt Dresden, Schlesische Portland - Cementfabrik Groschowitz Oppeln, Mechanische Weberei am Mühlbach, Kammgarnspinnerei Schedewitz, Bau-Gesellschaft Kaiser-Wilhelmstrasse. |
| **Montag,** 23. Februar $5^1/_4$—$5^3/_8$% | Essener Börse. — Reports Brüssel. — Bilanzsitzung der Nationalbank für Deutschland. — *Dekadenausweis Luxemburgische Prinz-Heinrich-Bahn.* — *G.-V.:* Pomona Diamanten-Ges., Deutsche Hypothekenbank Meiningen, Vereinsbank Wismar, Leipziger Immobilien-Gesellschaft. |
| **Dienstag,** 24. Februar $5^3/_8$—$5^1/_2$% | Düsseldorfer Börse. — Prämienerklärung Frankfurt a. M. — *G.-V.:* Leipziger Baumwollspinnerei, Hanseatische Jutespinnerei Delmenhorst, Sächsische Cartonnagen-Maschinen-Akt.-Ges. |
| **Mittwoch,** 25. Februar $5^1/_4$—$5^3/_8$% | Essener Börse. — Prämienerklärung Berlin, Hamburg, Wien. — *Dekadenausweis Franzosen, Lombarden.* — *G.-V.:* Freiberger Bankverein, Allgemeine Elsässische Bankgesellschaft Strassburg. Augsburger Kammgarnspinnerei, Gogolin-Gorasdzer Kalk- und Cementwerke. |
| **Donnerstag,** 26. Februar $5^1/_4$—$5^3/_8$% | Essener Börse. — Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — Ultimoliquidation Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Wien, Brüssel. — Bilanzsitzung der Berliner Handelsgesellschaft. *G.-V.:* Lindener Eisen- u Stahlwerke, Königsberger Dampfercompagnie, Elbe Dampfschiffahrts Ges., Centralverkaufscomptoir von Hintermauerungssteinen, Sächsisch-Böhmische Portland Cementfabrik, Sächsische Kammgarnspinnerei Harthau, Thüringer Wollgarnspinnerei, Alkaliwerke Ronnenberg. |
| **Freitag,** 27. Februar $5^3/_8$—$5^3/_4$% | Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — Prämienerklärung Paris. — *G.-V.:* Preussische Central Bodencredit-Akt.-Ges., Siegener Bank für Handel und Gewerbe, Howaldtwerke Kiel, Stahlwerk Mannheim, Oppelner Portland-Cementfabriken Grundmann, Ferd. Bendix Söhne Akt.-Ges., Wegelin & Hübner Maschinenfabrik und Eisengiesserei, Deutsche Industriegas-Ges. Mannheim, Diamanten-Regie des südwestafrikanischen Schutzgebietes. |
| **Sonnabend,** 28. Februar $5^3/_8$—$5^3/_4$% | Bankausweis New York. — Lieferungtag Berlin, Hamburg. — Ultimoliquidation Paris. — *G.-V.:* Osnabrücker Bank, Oberschlesische Portland-Cementfabrik Oppeln, Portland-Cementfabrik Giesel-Oppeln, H. W. Lange & Co. Altona, Kammgarnspinnerei Düsseldorf, Norddeutsche Lederpappenfabriken, Rauchwaren-Zurichterei und Färberei Walter, Deutsche Oxhydric-Akt.-Ges., Kraftfahrzeug-Akt.-Ges. |
| | Ausserdem zu achten auf: Abschlüsse Berliner Grossbanken. Zulassunganträge (in Mill. *M*): Berlin: 7 4% Offenbacher Stadtanleihe, 4 4% Darmstadter Stadtanleihe. Cöln: 6 neue Aktien Schantung-Eisenbahn. Leipzig: 5 5% Obl. Landkraftwerke Leipzig-Kulkwitz. Hamburg: 10 Kr. $4^1/_2$% Obl. Hypothekenbank Norwegen. Augsburg: 4,9 Aktien u. 1 $4^1/_2$% Anl. Ges. f. Gasindustrie Augsburg. Düsseldorf: 6 neue Aktien Deutsche Kaliwerke. Verlosungen: 25. Februar: $2^1/_2$% Pariser II. Metr.-Eisenb.-Anl. (1904), Ungarische Hypothekenbank 3% Prämien-Obl. (1894), Konversions-Prämien-Obligat. (1906). 28. Februar: Lenzburger 40 Fr. (1885). |

Ausgabe der neuen Ungarn hieran viel ändern wird, da der Gegenwert der hier untergebrachten Stücke wohl auch nur sehr allmählich von den Emittenten disponiert werden wird. Vielleicht haben gerade diese Subskriptionen den Anlass gegeben, dem Markte noch neue Mittel zuzuführen, indem sie Barbeträge, die während der Balkanwirren thesauriert waren, aus den Schlupfwinkeln hervorgelockt haben. Immerhin wird man für die Entwicklung des Geldmarkts im weiteren Verlauf des Jahres das Bestehen grosser Guthaben seitens Staaten, Kommunen und anderer Anleiheemittenten in Betracht ziehen müssen, die vielleicht gerade an den schwierigeren Terminen dem Markte entzogen und ihrer eigentlichen Verwendung zugeführt werden.

Die gleiche Unempfindlichkeit der Märkte gegenüber der starken Emissionstätigkeit ist auch in allen übrigen Ländern zu beobachten. In London dauert die Flüssigkeit ungeschwächt fort, obgleich dort der scharfe kontinentale Wettbewerb um das Gold wenigstens die Diskontkäufer, etwas zurückhält; in Paris tritt gerade jetzt, wo die Aera der grossen Emissionen erst richtig begonnen hat, diejenige breite Flüssigkeit des Marktes hervor, die bisher noch nicht so recht in Erscheinung gekommen war. Der Privatdiskont ist auf ca. $2^5/_8$% gesunken, und die französische Bankwelt bewirbt sich wieder mehr um Anlagen in Pensionen fremder Wechsel, so namentlich russischen und skandinavischen Ursprungs. Dieser Einheitlichkeit abundanten Geldstandes ist es auch zuzuschreiben, dass die neuerliche Ermässigung der Sätze am berliner Markte keine erneute Befestigung der Devisenkurse herbeizuführen vermochte. Check London ist noch weiter gesunken, noch mehr ist Check Paris zurückgegangen und hat bereits wieder das

Niveau von 81,20 unterschritten. Die übrigen Valuten sind ziemlich stabil geblieben, namentlich Zahlung Petersburg, die, wie wir schon neulich ausführten, immer wieder durch Kreditoperationen eine Kursstütze findet.

In London bleibt, wie schon oben erwähnt, die Situation im Goldverkehr weiter recht unbefriedigend. Der Wettbewerb um das Produktionsgold seitens des Kontinents, insbesondere Frankreichs, Oesterreichs und Russlands, ist andauernd so heftig, dass der Standardpreis der Bank von England ständig überschritten wird, zeitweise sogar um 1/4 Pence. Namentlich ist die starke Tätigkeit der französichen Käufer noch immer besonders auffällig, obgleich diese bei dem erhöhten Barrenpreis und dem gegenwärtigen Checkkurs von über 25,18 ohne besondere Konzessionen der Bank von Frankreich kaum in der Lage sein sollten, erfolgreichen Wettbewerb zu treiben. Da aber die erheblich erstarkte Goldposition der Bank von Frankreich eine solche Politik jetzt nur noch schwer begreiflich erscheinen lässt, macht sich bereits die Ansicht geltend, dass diese französischen Käufe nicht für Paris, sondern für Petersburg bestimmt sind. Die Goldzuflüsse aus anderen Quellen, als aus den Produktionsgebieten, gelangen gleichfalls nicht an die Bank von England, da sie ausschliesslich von Indien absorbiert werden. Die Bank muss sogar aus ihren Beständen noch Beträge für Indien hergeben. Das Nilland, das sonst um diese Zeit die Bestände in London noch verstärken hilft, hat vorher viel nach Indien verschifft, anscheinend mehr, als man dort entbehren kann, so dass es jetzt bereits wieder zu Entnahmen in London greifen muss. Trotzdem ist im letzten Ausweis der Bank von England der Metallbestand nur wenig verschlechtert, da gerade jetzt aus dem inländischen Verkehr Rückflüsse eingetreten sind.

Justus.

## Antworten des Herausgebers.

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

**Der Herausgeber des Plutus erteilt grundsätzlich keine Auskünfte über die Solidität und den Ruf von Firmen sowie über die Qualität von Wertpapieren. Alle hier wiedergegebenen Auskünfte sind nach bestem Wissen und eventuell nach eingehender Erkundigung bei Sachverständigen erteilt. Die Auskunfterteilung ist jedoch eine durchaus freiwillige Leistung des Herausgebers, für die er keinerlei vertragliches Obligo übernimmt.**

**Abonnent in Kahla (S.-A.).** Anfrage: „Ich habe von 1892—1905 im Auslande gewohnt — nachweislich an einem und demselben Orte — und habe mich 1898 bei der Gründung einer kleinen Aktiengesellschaft an demselben Platze mit ca. 3000 ℳ beteiligt. Ich habe diese Aktien, als ich 1905 wieder nach Deutschland zurückkehrte, mit mir genommen, da ich sie nicht, wie ich gern gewollt hätte, im Auslande vor meiner Abreise verkaufen konnte. Ich habe nie daran gedacht, dass diese in Deutschland ganz unbekannten und sicherlich ganz unverkäuflichen Aktien einer deutschen Stempelsteuer unterliegen könnten, so lange sie ruhig in meiner Verwahrung liegen. Erst eine Bemerkung von Ministerialrat Dr. E. Zimmermann in Karlsruhe, der in Nr. 611 des Berliner Tageblatts vom 2. Dez. 1913 ein Beispiel für die Wehrbeitragsveranlagung bringt, machte mich stutzig. Er spricht von einem Privatmann N. in Wiesbaden, der u. a. auch ausländische Aktien besitzt, die er seinerzeit im Auslande angeschafft und der Reichsstempelabgabe wegen einer ausländischen Bank in Verwahrung gegeben hat Als ich dann Ihre Ausführungen an F. S. Rudolstadt in Nr. 2 des Plutus las, fühlte ich mich wieder sicher, dass meine Aktien in meinem Schranke nicht der Stempelabgabe unterworfen seien, um nun, nachdem in Nr. 4 des Plutus Herr Rechtsanwalt Dr. Wimpfheimer ausführt, dass das Kriterium der Steuerpflicht in dem Passieren der Grenze mit den Wertpapieren liegt, wieder unsicher zu werden. Ich beschaffte mir aus der, übrigens von Dr. Wimpfheimer herausgegebenen, Bensheimerschen Gesetzsammlung das Reichsstempelgesetz vom 3. Juli 1913 und finde da in § 11, — nach meiner Auffassung —, dass mein Fall doch nicht steuerpflichtig sein kann; denn ich war doch zur Zeit des Geschäftsabschlusses nicht im Imlande, sondern im Auslande wohnhaft, und habe die Papiere dann 6—7 Jahre nach dem ganz im Auslande erfolgten Geschäftsabschluss sozusagen als Umzugsgut, geradeso wie meine im Auslande gekauften Möbel usw. zollfrei nach Deutschland eingebracht. Ich sehe weiter aus § 11, dass ich diese Aktien allerdings nicht in Deutschland veräussern, verpfänden oder sonstige Geschäfte damit machen darf, was auch gar nicht meine Absicht ist und wegen der Qualität der Papiere schon gänzlich aussichtslos sein würde. Sondern ich will sie wieder nach dem Auslande verkaufen, wenn sich mal die Gelegenheit dazu bieten sollte, worauf ich allerdings schon 10 Jahre vergeblich warte. Ich meine, es könnte manchen in Ihrem grossen Leserkreise interessieren, wenn Sie in Ihrem Briefkasten sagen würden, [illegible] diese friedlich ruhenden, aber im Inlande liegenden [illegible]chen Aktien steuerpflichtig sind oder, wie ich a[illegible] herauslese, nicht."

Antwort: Der in Ihrem Falle massgebende § 2 des Reichsstempelgesetzes lautet: „Ausländische Wertpapiere, welche durch ein im Ausland abgeschlossenes Geschäft von einem zur Zeit des Geschäftsabschlusses im Inlande wohnhaften Kontrahenten angeschafft sind und ihm aus dem Ausland übersandt oder von ihm oder von einem Vertreter aus dem Ausland abgeholt werden, sind von dem Erwerber . . zur Versteuerung anzumelden." Daraus geht hervor, dass Ihre Papiere nur zu versteuern wären, wenn Sie zur Zeit des Abschlusses im Inlande wohnhaft gewesen wären und die Wertpapiere im Ausland gekauft und über die Grenze gebracht hätten. In Ihrem Falle aber, wo Sie zur Zeit des Erwerbes im Ausland wohnhaft waren und die Papiere später mitgebracht haben, brauchen Sie eine Versteuerung nicht vorzunehmen, so lange Sie nicht die Papiere verkaufen wollen.

**G. B. in Breslau.** Anfrage: „Besteht ein gesetzlicher Zwang zur namentlichen Aufnahme der Debitoren und Kreditoren in der Inventur?"

Antwort: Ein derartiger Zwang existiert nicht. Das Gesetz schreibt lediglich vor, nach welchen Grundsätzen die Wertbestimmung bei der Inventuraufnahme vorzunehmen ist.

**R. V. in Berlin-Karlshorst.** Anfrage: „Ich interessiere mich für das Börsen- und Aktien-Wesen und möchte gern über Ultimo-, Termin- und Fix-Geschäfte usw. orientiert sein. Können Sie mir ein Buch empfehlen, das hierüber Auskunft gibt?"

Antwort: Buchwald, Technik des Bankbetriebes (M. 6.—), Salings Börsenpapiere I. Teil (M. 9.—), M. Fürst, Die Börse (M. 5.50), Obst, Geld, Bank-, Börsenwesen (M. 5.40).

**A. K. in L.-Schleussig.** Zu der auf S. 125 des Plutus beantworteten Anfrage schreibt man mir:

„Ueber amerikanische Industriewerte gibt es ein sehr gutes, allerdings sehr teures (ich schätze 15 bis 20 $) Werk, Moodys Manuel of Railroads and Corporation Securities. (II Bde.), 33 Broadway New York, ausserdem erscheint seit einiger Zeit eine Karthotek in Einzelblättern vom Standard Statistics Bureau 59, Broad Street, New York."

# Plutus-Archiv.

## Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

**Die Tat. Sozial - religiöse Monatsschrift für deutsche Kultur.** Jahrgang 1913/14. Heft 10. Preis des Einzelheftes 1,20 *M.* Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena.

Individuum und Gemeinschaft. Von Alfred Weber. — Das Kulturproblem und die Arbeiterpsyche. Von Hans Staudinger. — Die Sozialpolitik am Scheidewege? Von Gerhard Hildenbrand. — Technik und Organisation. Von Robert Wilbrandt.

**Sozialistische Monatshefte.** Herausgeber Dr. J. Bloch. 1914. 1. Heft Erscheint 14tägig. Preis 0,50 *M.* Verlag der sozialistischen Monatshefte.

Die gewerkschaftliche Internationale 1910 bis 1913. Von Karl Legien. — Die innere Politik des Reichs am Jahresbeginn. Von Eduard Bernstein. — Die Miliz und Friedrich Engels. Von Max Schippel. — Die Arztfrage und die Bewertung der geistigen Arbeit in der Sozialdemokratie. Von Paul Kampffmeyer. — Zur Beurteilung der christlichen Gewerkschaften. Von Dr. August Erdmann. — Kommunale Repräsentationspflichten der Sozialdemokratie Von Edmund Fischer.

**Der deutsche Niederrhein als Wirtschaftsgebiet.** Von Friedrich Brücker. Nr. 5 der Sozialen Studienfahrten. Preis geb. 1,— *M.* Herausgegeben vom Sekretariat Sozialer Studentenarbeit in M.-Gladbach. Volksvereins-Verlag G. m. b. H.

Die geographischen und geologischen Verhältnisse des niederrheinischen Flachlandes. — Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Niederrheins. — Die sozialen Verhältnisse im niederrheinischen Wirtschaftgebiet. — Wohlfahrteinrichtungen. — Alphabetisches Sach- und Namenregister.

**Prozess Brandt und Genossen.** Der sogenannte Krupp - Prozess. Verhandlungsbericht. Aus dem Reichstag. Zeitungsstimmen. Mit einer Einführung herausgegeben von Ad. Zimmermann. Preis brosch. 2,50 *M.* Berlin W. 57. Politik, Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H.

Stimmungbilder aus dem Gerichtssaal. — Verhandlungbericht vom 1. bis 13. Verhandlungtag. — Zeitungstimmen.

**Zeitschrift f. Handelswissenschaftliche Forschung.** Herausgeber E. Schmalenbach, Professor d. Handelstechnik an der Handels-Hochschule in Cöln. 8 Jahrg. Januar 1914. 4. Heft. Bezugspreis für das Halbjahr 6,— *M.* Monatlich erscheint ein Heft. Leipzig. G. A. Glöckner, Verlag.

Materialienverwaltung in Zechen. Von W. Brandenburger. — Organisation und Buchhaltung einer Grossbankfiliale. Von Joseph Beike.

## Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Actien-Bad-Gesellschaft Erfurt, Erfurt, 26.2., —, 7.2. • A.-G. Bad Salzschlirf, Cassel, 11.3., 6.3., 6.2. • A.-G. Demminer Kleinbahnen West, Demmin, 5.3., 28.2., 12.2. • A.-G. Drukarnia Dziennika Poznanskiego, Posen, 5.3., —, 11.2. • A.-G. Hahn für Optik und Mechanik, Berlin, 3.3., 27.2., 10.2. • A.-G. Heilanstalt Hohenhonnef, Bonn, 27.2., 20.2., 9.2. • A.-G. Holm i. Liqu., Danzig, 5.3., —, 9.2. • A.-G. des Bades Nassau, Nassau a. d. L., 9.3., 6.3., 4.2. • A.-G. der Gerresheimer Glashüttenwerke vorm. Ferd. Heye, Düsseldorf, 7.3., —, 9.2. • Actienverein der Zwickauer Bürgergewerkschaft, Zwickau, 5.3., —, 11.2. • Actienziegeleien Frisia, Bremen, 7.3., 2.3., 7.2. • Actien-Zuckerfabrik Watenstedt, Watenstedt, 2.3., —, 13.2. • Afrikanische Handels-A.-G., Hamburg, 5.3., 1.3., 10.2. • Albrechtswerke A.-G., Graudenz, 7.3., 5.3., 11.2. • Allgemeine Berliner Omnibus-A.-G., Berlin, 7.3., 5.3., 12.2. • Allgemeine Speditionsgesellschaft A.-G., Duisburg, 7.3., —, 11.2. • Altenburger Landkraftwerke A.-G., Altenburg (S.-A.), 2.3., 26.2., 9.2. • Apollotheater A.-G., Düsseldorf, 3.3., 27.2., 28.1. • Artländer Bank A.-G., Quakenbrück, 3.3., 28.2., 12.2. • Asphalt-Fabrik F. Schlesing Nchf. A.-G., Berlin, 4.3., —, 10.2.

Badische Baumwollspinnerei und Weberei A.-G., Karlsruhe, 3.3., 25.2., 3.2. • Baltische Rhederei A.-G., Flensburg, 7.3., —, 7.2. • Bank für Handel und Gewerbe, Bremen, 4.3., 24.2., 5.2. • Bankverein Werther A.-G., Werther, 7.3., 3.3., 10.2. • Bankverein für Schleswig-Holstein A.-G., Neumünster, 26.2., —, 9.2. • Bank Wloscianski A.-G., Posen, 6.3., —, 11.2. • Baumwollspinnerei A.-G. Chemnitz, 6.3., 2.3., 2.2. • Baumwollspinnerei Germania, Epe i. W., 5.3., 1.3., 11.2. • Baumwollspinnerei am Stadtbach, Augsburg, 5.3., 1.3., 31.1. • Bayerische Brauereigesellschaft, Kaiserslautern, 27.2., —, 10.2. • Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, München, 3.3., 28.2., 13.2. • Bayerische Notenbank, München, 2.3., 27.2., 12.2. • „Bellthal" Moselsprudel A.-G., Traben-Trarbach, 7.3., —, 13.2. • Ferdinand Bendix Söhne, A.-G. für Holzbearbeitung, Landsberg a. W., 27.2., —, 9.2. • Julius Berger Tiefbau A.-G., Berlin, 7.3., 2.3., 12.2. • Berliner Cichorien-Fabrik A.-G. vorm. H. L. Voigt i. Liqu., Berlin, 3.3., 1.3., 12.2. • Berliner Logenhaus A.-G., Berlin, 1.3., —, 27.1. • Bielefelder Baugesellschaft A.-G., Bielefeld, 2.3., —, 7.2. • Blankenese-Marienhöhe-Terrain-A.-G., Hamburg, 7.3., 3.3., 10.2. • Richard Blumenfeld, Veltener Ofenfabrik A.-G., Charlottenburg, 28.2., 23.2., 7.2. • Bochumer Bierbrauerei Moritz Scharpenseel A.-G., Bochum, 2.4., 28.3., 7.2. • Brauerei Paul Freund A.-G., St. Ludwig i. E., 10.3., 3.3., 13.2. • Brauhaus Wittstock A.-G., Wittstock (Dosse), 7.3., —, 9.2. • Braunkohlen-Abbau-Verein „Zum Fortschritt", Meuselwitz, 4.3., —, 29.1. • Braunschweigische Bank- und Kredit-Anstalt A.-G., Braunschweig, 6.3., 2.3., 12.2. • Bremer Bank-Verein, Bremerhaven, 5.3., 2.3., 11.2. • Bremer Cigarrenfabriken vorm. Biermann & Schörling, Bremen, 2.3., 27.2., 9.2. • Bremer Konsumverein A.-G., Bremen, 27.2., —, 7.2. • Breslauer Baubank, Breslau, 4.3., 27.2., 31.1. • Breslauer Lagerhaus, Breslau, 6.3., 2.3., 31.1.

Chemische Werke „Phoniak" A.-G., Neuss, 7.3., 1.3., 12.2. • Chemnitzer Dünger-Abfuhr-Gesellschaft, Chemnitz, 27.2., 24.2., 9.2. • Chemnitzer Viehmarktsbank A.-G., Chemnitz, 4.3., —, 7.2. • Cigarettenfabrik Patria Ganowicz & Wleklinski A.-G., Posen, 5.3., 4.3., 10.2.

Dachziegelwerke Ergoldsbach A.-G., Regensburg, 6. 3., 2. 3., 4. 2. ● Dampfziegelei Esbach A.-G., Coburg, 4. 3., 27. 2., 30. 1. ● Dampfziegelei Kaiserwoerth A.-G. i. Liqu., Ludwigshafen a. Rh., 27. 2., 23. 2., 9. 2. ● Deutsche Asphalt-A.-G. der Limmer und Vorwohler Grubenfelder, Hannover, 4. 3., 2. 3., 10. 2. ● Deutsche Cement-Industrie A.-G., Bremen, 7. 3., 3. 3., 12. 2. ● Deutsche Industriegas-A.-G., Mannheim, 27. 2., 23. 2., 7. 2. ● Deutsche Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Actien, Bremen, 12. 3., 9. 3., 5. 2. Deutsche Oxhydric A.-G., Cöln, 28. 2., 24. 2., 7. 2. ● Deutsche Spiegelglas A.-G., Hannover, 4. 3., 27. 2., 11. 2. ● Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M., 5. 3., 27. 2., 6. 2. ● Diamanten-Regie des südwestafrikanischen Schutzgebiets, Berlin, 27. 2., 20. 2., 12. 2.

„Elbe“ - Dampfschiffahrts - A. - G., Magdeburg, 26. 2., —, 7. 2. ● Erste Deutsche Fein-Jute-Garn-Spinnerei A.-G., Berlin, 6. 3., 1. 3., 10. 2.

Faber & Schleicher A.-G., Offenbach a. M., 3. 3., 26. 2., 5. 2. ● Fahrenkruger Brotfabrik A.-G. vorm. Th. Severin, Fahrenkrug i. Holst., 24. 2., —, 7. 2. ● Färberei Glauchau A.-G., Glauchau, 3. 3., 1. 3., 4. 2. ● Fehr & Wolff A.-G., Habelschwerdt, 28. 2., 25. 2., 9. 2. ● Feuer-Assekuranz-Compagnie von 1877, Hamburg, 25. 2., —, 9. 2. ● Filzfabrik A.-G. Fulda, Fulda, 28. 2., 21. 2., 11. 2. ● Folkebanken for Als og Sundeved A.-G., Sonderburg, 27. 2., —, 9. 2. ● Francken-Allee A.-G., Frankfurt a. M., 6. 3., —, 6. 2. ● Frankfurter Hypotheken-Credit-Verein, Frankfurt a. M., 5. 3., 1. 3., 7. 2. ● Frankonia Schokolade- und Konserven-Fabrik (vorm. W. F. Wucherer & Cie.) A.-G., Würzburg, 7. 3., 3. 3., 7. 2.

Gas- und Electricitätswerke Breisach A.-G., Breisach, 4. 3., 28. 2., 9. 2. ● Geestemünder Bank, Geestemünde, 25. 2., 23. 2., 7. 2. ● Geestemünder Creditbank, Geestemünde, 27. 2., 24. 2., 10. 2. ● Gera-Greizer Kammgarnspinnerei, Gera, 3. 3., 28. 2., 13. 2. ● Glashütte Brunshausen A.-G., Stade, 3. 3., 28. 2., 11. 2. ● Glückstädter Dampfschiffsgesellschaft A.-G., Glückstadt, 27. 2., —, 7. 2. ● Greppiner Werke, Greppin, 7. 3., 4. 3., 7. 2. ● Grundbesitzgesellschaft „Sankt Segolena“ A.-G., Metz, 26. 2., —, 9. 2. ● Gusswerke A.-G., Frankenthal (Pfalz), 7. 3., —, 11. 2.

Haderslebener Bau-A.-G., Marienheim, 27. 2., —, 13. 2. ● Hafen- und Lagerhaus A.-G., Cöthen, 4. 3., 27. 2., 22. 1. ● Bad Hamm A.-G., Hamm i. W., 5. 3., 1. 3., 6. 2. ● Hannoversche Bodenkreditbank, Hildesheim, 3. 3., 28. 2., 4. 2. ● Fr. Hesser, Maschinenfabrik A.-G., Stuttgart, 28. 2., 24. 2., 12. 2. ● Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.-G., Berlin, 3. 3., 28. 2., 4. 2. ● Hoffmanns Stärkefabriken A.-G., Bremen, 7. 3., 4. 3., 12. 2. ● Hohburger Quarz-Porphyr-Werke A.-G., Leipzig, 7. 3., —, 12. 2. ● Holsten-Bank, Neumünster i. Holst., 3. 3., 26. 2., 3. 2.

Ipsag A.-G. für Armaturen- und Apparatebau, Berlin, 5. 3., 2. 3., 11. 2.

Kammgarnspinnerei Schaefer & Co. A.-G., Chemnitz, 3. 3., —, 22. 1. ● Kieler Bank, Kiel, 4. 3., 28. 2., 7. 2. ● Kieler Brauhaus Jacobsen & Co. A.-G., Kiel, 28. 2., 24. 2., 9. 2. ● Köln-Ehrenfelder Gummiwerke A.-G. i. Liqu., Cöln, 2. 3., 26. 2., 7. 2. ● Kölner Hypothekenbank i. Liqu., Köln, 3. 3., —, 5. 2. ● Königsberger Walzmühle A.-G., Königsberg i. Pr., 5. 3., 2. 3., 12. 2. ● Kraftfahrzeug A.-G., Charlottenburg, 28. 2., 27. 2., 9. 2. ● Kreditbank A.-G. Hameln, Hameln, 7. 3., 4. 3., 13. 2.

Landwirtschaftliche Hypothekenbank, Frankfurt a. M., 2. 3., 25. 2., 5. 2. ● Landwirtschaftliche Spar- und Vorschussbank A.-G., Langenau, 8. 3., —, 12. 2. ● Leipziger Hypothekenbank, Leipzig, 3. 3., —, 28. 1. ● Leipziger Vereinsbank, Leipzig-Plagwitz, 1. 3., 23. 2., 4. 2. ● Leipziger Werkzeugmaschinen-fabrik vorm. W. von Pittler A.-G., Leipzig, 7. 3., 3. 3., 2. 2. ● Lübeck-Wyburger Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Lübeck, 26. 2., —, 7. 2. ● Lygumkloster Bank, Lygumkloster, 28. 2., —, 10. 2.

Mayer & Co., Kommanditgesellschaft auf Actien, Metz, 3. 3., 27. 2., 6. 2. ● Mech. Baumwollspinnerei und Weberei, Bamberg, 9. 3., 5. 3., 13. 2. ● Mech. Baumwoll-Spinnerei und Weberei, Bayreuth, 7. 3., —, 20. 1. ● Mechanische Seidenweberei Viersen A.-G., Cöln, 28. 2., —, 9. 2. ● Mechanische Seilerwarenfabrik A.-G., Fulda, 2. 3., 23. 2., 5. 2. ● Mechanische Seilerwarenfabrik, Füssen, 5. 3., 28. 2., 5. 2. ● Mecklenburgische Kali-Salzwerke, Hamburg, 2. 3., 26. 2., 4. 2. ● Metallwarenfabrik H. A. Erbe A.-G., Schmalkalden, 28. 2., 24. 2., 7. 2.

Norddeutsche Lederpappenfabriken, Gross-Särchen, 28. 2., —, 9. 2. ● Den Nordslesvigske Folkebank, Apenrade, 7. 3., —, 9. 2.

Oberschlesische Portland-Cement- und Kalkwerke A.-G., Breslau, 9. 3., 4. 3., 3. 2. ● Oldenburgische Bank A.-G., Oldenburg i. Gr., 7. 3., 4. 3., 7. 2. ● Osnabrücker Bank, Osnabrück, 28. 2., 26. 2., 7. 2.

Persische Teppich-Gesellschaft A.-G., Düren, 3. 3., 28. 2., 10. 2. ● Plauener Bank A.-G., Plauen i. V., 2. 3., 26. 2., 9. 2. ● J. Pohlig A.-G., Cöln, 4. 3., 27. 2., 10. 2. ● Porzellanfabrik Güntersfeld A.-G., Arnstadt, 28. 2., 24. 2., 12. 2. ● Porzellanfabrik Tirschenreuth A.-G., München, 2. 3., 26. 2., 7. 2. ● Potsdamer Creditbank A.-G., Potsdam, 6. 3., 2. 3., 11. 2. ● Preussische Boden-Credit-Actien-Bank, Berlin, 3. 3., —, 7. 2. ● Preussische Hypotheken-Actien-Bank, Berlin, 5. 3., 28. 2., 6. 2. ● Preussische Immobilien-Verwaltungs-A.-G., Berlin, 7. 3., —, 23. 12.

Ratzeburger Kleinbahn-A.-G., Ratzeburg, 6. 3., 2. 3., 10. 2. ● Rethorner Actien-Ziegelei A.-G., Oldenburg i. Gr., 24. 2., —, 7. 2. ● Rheiner Bankverein Ledeboer, Driessen & Co., Rheine i. W., 6. 3., 4. 3., 13. 2. ● Rheinische Metallwaaren- und Maschinenfabrik, Düsseldorf, 2. 3., 26. 2., 24. 1. ● Rheinische Schuckert - Gesellschaft für elektrische Industrie A.-G., Mannheim, 9. 3., 4. 3., 13. 2. ● Rheinische Spiegelglasfabrik, Aachen, 3. 3., 25. 2., 3. 2. ● Rheinische Volksbank A.-G., Cöln, 2. 3., —, 5. 2. ● Riesaer Strassenbahn-Gesellschaft, Riesa, 6. 3., —, 10. 2. ● Rostocker Gewerbebank, Rostock, 5. 3., 4. 3., 12. 2.

Sächsische Motoromnibus-A.-G., Bad Lausigk, 27. 2., —, 7. 2. ● Sagebiels Etablissement A.-G., Hamburg, 26. 2., 22. 2., 7. 2. ● Salingia Versicherungs-A.-G., Halle a. S., 3. 3., —, 7. 2. ● Sandsteinbrüche Rottwerndorf, A.-G., Dresden-N., 5. 3., —, 4. 2. ● „Seefahrt“, Dampfschiffsrhederei A.-G., Bremen, 7. 3., 4. 3., 10. 2. ● Sonderburger Bank A.-G., Sonderburg, 7. 3., 3. 3., 9. 2. ● Sool- und Thermalbad Wilhelmsquelle A.-G. Eickel-Wanne, Eickel, 28. 2., —, 9. 2. ● Spar- und Creditbank Leubsdorf, Leubsdorf, 5. 3., —, 13. 2. ● Spar- und Vorschussverein zu Dahlen A.-G., Dahlen, 3. 3., —, 12. 2.

Scharfensteiner Baumwollspinnerei vorm. Fiedler & Lechla, Chemnitz, 27. 2., 26. 2., 7. 2. ● Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank, Breslau, 4. 3., 28. 2., 28. 1. ● Schlesische Mühlenwerke A.-G., Breslau, 7. 3., 28. 2., 12. 2. ● Emil Schmölder Spinnerei A.-G., Rheydt, 2. 3., 26. 2., 11. 2. ● Schrepel & Kutzschbach A.-G., Chemnitz, 26. 2., —, 7. 2.

Steinkohlen-A.-G. Bockwa-Hohndorf, Vereinigt Feld bei Lichtenstein, Hohndorf, 2. 3., —, 10. 2. ● Stuttgarter Gipsgeschäft, Stuttgart, 6. 3., 1. 3., 2. 2.

Terrain-A.-G. Gräbschen, Breslau, 7. 3., 2. 3., 4. 2. ● Terrain-A.-G. Kleinburg, Breslau, 7. 3., 4. 3., 4. 2. ● Terrain-Gesellschaft Gräfelfing A.-G., München, 3. 3., 28. 2., 9. 2. ● Terrain-Gesellschaft Gross-Lichterfelde, Berlin, 6. 3., 2. 3., 9. 2. ● Theater- und Saalbau A.-G., Berlin, 6. 3., 3. 3., 11. 2. ● Thüringer Wollgarnspinnerei A.-G., Leipzig, 26. 2., —,

11. 2. ● Tonder Landmandsbank (Actien-Gesellsch.), Tondern, 7. 3., —, 6. 2. ● „Transatlantica“ Rhederei A.-G., Hamburg, 28. 2., 25. 2., 9. 2.

Ueberlandzentrale Stolp A.-G., Stolp i. Pomm., 28. 2., 21. 2., 9. 2. ● Uhrenfabrik A.-G. vormals Köhler & Ehmann, Lauhamholz, Nürnberg, 4. 3., 28. 2., 12. 2.

Vechtaer Vorschuss-Verein A.-G., Vechta, 5. 3., —, 12. 2. ● Vereinigte Hüttenwerke Burbach-Eich-Düdelingen, A.-G., Luxemburg, 9. 3., 26. 2., 26. 1. ● Vereinigte Schuhstoff-Fabriken, Fulda, 2. 3., 24. 2., 3. 2. ● Vereinsbank in Nürnberg, Nürnberg, 5. 3., 25. 2., 30. 1. ● Viehverkaufsstelle Wunstorf A.-G., Wunstorf, 6. 3., —, 9. 2. ● Vogtländische Bank, Plauen i. V., 2. 3., 26. 2., 9. 2. ● Vorschussbank Schaffstädt A.-G., Schaffstädt, 3. 3., 28. 2., 9. 2. ● Vorschussbank zu Zschopau, Zschopau, 25. 2., —, 7. 2.

Waggonfabrik A.-G., Rastatt, 2. 3., 26. 2., 5. 2. ● Weidaer Jute-Spinnerei und Weberei A.-G. Weida (S.-W.), 7. 3., 4. 3., 3. 2. ● Westdeutsche Vereinsbank, Kommanditgesellschaft auf Actien ter Horst & Co., Münster i. W., 5. 3., 2. 3., 13. 2. ● Westholsteinische Bank, Heide, 4. 3., 28. 2., 2. 2.

Zwirnerei und Nähfadenfabrik A.-G., Göggingen, Augsburg, 7. 3., 4. 3., 12. 2.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Goslar in Charlottenburg.

# Aus der Geschäftswelt.

**Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.**



Im freien Verkehr ermittelte Kurse vom 17. Febr. 1914, abgeschlossen 6 Uhr abends.

| | Gesucht | Angeboten |
|---|---|---|
| **Kohlen.** | | |
| Adler bei Kupferdreh | 4250 | 4400 |
| Alte Haase | — | 1550 |
| Blankenburg | 1750 | 1900 |
| Brassert | 10700 | 11200 |
| Caroline | 2825 | 3000 |
| Carolus Magnus | 6025 | 6250 |
| Constantin der Gr. | 51000 | 53000 |
| Diergardt | 2800 | 2900 |
| Dorstfeld | 10400 | 10800 |
| Ewald | 42500 | 44500 |
| Friedrich der Grosse | — | 28000 |
| Fröhliche Morgensonne | 10000 | 11600 |
| Gottessegen | 2650 | 2850 |
| Graf Bismarck | — | 65000 |
| Graf Schwerin | 12600 | 13200 |
| Heinrich | 5550 | 5650 |
| Helene & Amalie | 18700 | 19150 |
| Hermann I/III (3000 Kuxe) | 4900 | 5000 |
| Johann Deimelsberg | 7150 | 7300 |
| König Ludwig | 30000 | 31300 |
| Langenbrahm | 16850 | 17400 |
| Lothringen | 28500 | 29800 |
| Mont Cenis | 17800 | 18200 |
| Oespel | 3300 | 3400 |
| Rudolf | 450 | 550 |
| Schürb. & Charlottbg. | 2300 | 2375 |
| Trappe | 2200 | 2300 |
| Trier (3000 Kuxe) | 6700 | 6850 |
| Unser Fritz | — | 17000 |
| Westfalen (10 000 Kuxe) | 1400 | 1450 |
| **Braunkohlen.** | | |
| Bellerhammer Brk. | 1800 | 1900 |
| Bruckdorf-Nietleben | 1200 | 1400 |

| | Gesucht | Angeboten |
|---|---|---|
| Germania | 925 | 1000 |
| Gute Hoffnung | 4550 | 4700 |
| Humboldt | 1400 | 1475 |
| Leonhard | 7500 | 7700 |
| Lucherberg | 2025 | 2125 |
| Michel | 8000 | 8200 |
| Neurath | 875 | 950 |
| Prinzessin Victoria | 1350 | 1450 |
| Schallmauer, Braunk. | 3400 | 3500 |
| Wilhelma | 2750 | — |
| **Kali-Kuxe und -Anteile.** | | |
| Alexandershall | 8600 | 8800 |
| Aller Nordstern | 1250 | 1350 |
| Beienrode | 3600 | 3800 |
| Bergmannssegen | 5750 | 5900 |
| Braunschweig-Lüneburg | 1950 | 2050 |
| Burbach | 10500 | 10700 |
| Buttlar | 300 | — |
| Carlsfund | 4800 | 4900 |
| Carlsglück | 600 | 650 |
| Carlshall | 2300 | 2400 |
| Carnallshall | 2500 | 2700 |
| Deutschland, Justenbg. | 2350 | 2450 |
| Einigkeit | 3150 | 3300 |
| Fallersleben | 1150 | 1200 |
| Felsenfest | 2900 | 2950 |
| Gebra | — | 3800 |
| Glückauf, Sondershausen | 17300 | 18000 |
| Günthershall | 4600 | 4700 |
| Hansa Silberberg | 5000 | 5100 |
| Hedwig | 1225 | 1325 |
| Heiligenmühle | 800 | 850 |
| Heiligenroda | 9700 | 9900 |
| Heimboldshausen | 1725 | 1775 |
| Heldrungen I | 800 | 850 |
| Heldrungen II | 925 | 975 |
| Herfa | 2050 | 2200 |
| Heringen | 5400 | 5500 |
| Hermann II | 1175 | 1250 |
| Hohenfels | 4350 | 4450 |
| Hohenzollern | 5850 | 6100 |
| Hugo | 8100 | 8300 |
| Hüpstedt | 2550 | 2600 |
| Immenrode | 3750 | 3850 |
| Irmgard | 775 | 825 |
| Johannashall | 3000 | 3200 |
| Kaiseroda | 6300 | 6550 |

| | Gesucht | Angeboten |
|---|---|---|
| Mariaglück | 1300 | 1350 |
| Marie | 2925 | 3025 |
| Marie-Louise | 2925 | 3025 |
| Max | 3550 | 3650 |
| Meimerhausen | 1100 | 1200 |
| Neurode | 2050 | 2200 |
| Neusollstedt | 3250 | 3350 |
| Neustassfurt | 9700 | 7850 |
| Prinz Eugen | 4100 | 4400 |
| Ransbach | 1900 | 2000 |
| Reichenhall | 1275 | 1325 |
| Rothenberg | 2375 | 2450 |
| Sachsen-Weimar | 6650 | 6800 |
| Salzmünde | 5200 | 5350 |
| Siegfried I | 3900 | 3950 |
| Siegfried-Giesen | 3100 | 3300 |
| Theodor | 4100 | 4400 |
| Thüringen | 3300 | 3450 |
| Volkenroda | 5750 | 5850 |
| Walbeck | 3650 | 3750 |
| Walter | 1325 | 1375 |
| Weyhausen | — | 2000 |
| Wilhelmine | 750 | 800 |
| Wilhelmshall | 7600 | 7900 |
| Wintershall | 17600 | 18900 |
| **Kali-Aktien.** | | |
| Adler Kaliwerke | 50% | 52% |
| Bismarckshall | 94% | 96% |
| Hallesche Kaliwerke | 50% | 51% |
| Hattorf | 107% | 109% |
| Heldburg | 39% | 40% |
| Justus Act. | 82% | 84% |
| Krügershall | 114% | 116% |
| Ronnenberg Act. | 94% | 96% |
| Salzdethfurt | 330% | 335% |
| Steinförde | 30% | 32% |
| Teutonia | 57% | 59% |
| **Erzkuxe.** | | |
| Apfelbaumer Zug | — | 475 |
| Eiserner Union | 750 | 800 |
| Fernie | 2750 | 2850 |
| Flick | 80 | 100 |
| Freier Grunder Bgw.-V. | 550 | 625 |
| Ver. Henriette | 1025 | 1125 |
| Louise Brauneisenst. | 1750 | 1800 |
| Neue Hoffnung | 10 | 25 |
| Wilhelmine | 1050 | 1125 |

Beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer wende man sich stets an den **Briefträger oder die zuständige Bestell-Postanstalt.** Erst wenn Nachlieferung und Aufklärung nicht in angemessener Frist erfolgen, schreibe man unter Angabe der bereits unternommenen Schritte an den Verlag unserer Zeitung.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt“ und für den Inseratenteil: M. Hauschner, Berlin.
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstrasse 66.